Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 106 — **Donnerstag, den 11. September 1930** — **32. Jahrg.**

Verbot des Ausschanks von Branntwein und des Verkaufs von Trinkbranntwein

am Sonntag, den 14. September 1930.

Auf Grund des § 15 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 wird für den Bereich des Landes Preußen anläßlich der Wahlen zum Reichstage der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein für Sonntag, dem 14. September 1930 verboten. Das Verbot des Kleinhandels mit Trinkbranntwein trifft auch den Fall, daß dieser in verschlossenen oder versiegelten Flaschen abgegeben wird.

Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden gemäß § 29 Ziffer 8 des Gaststättengesetzes mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Berlin, den 16 August 1930.

140] **Der Preußische Minister des Innern.**

Zur Förderung des Ausflugs- und Sommerfrischlerverkehrs soll ein

Verein für die Dübener Heide

gegründet werden.

Wir laden zur Bildnng einer Ortsgruppe Kemberg für

Donnerstag, den 11. Sept., 20 Uhr,

nach dem Bürgersaal ergebenst ein.

Kemberg, den 4. September 1930.

141] **Der Magistrat.**

Neues in Kürze.

*** Zu einem Rededuell zwischen dem französischen Außenminister Briand und Deutschlands Vertreter Dr. Curtius hat sich die Frage des Saarbahnschutzes ausgewachsen, ohne daß bis jetzt ein Ergebnis gezeitigt worden wäre.**

*** Um sich in Genf eine feste Basis zu schaffen, provoziert Polen in Danzig Einbrüche in eigene Organisationen, ohne damit auch nur den geringsten Eindruck in der Oeffentlichkeit hervorrufen zu können.**

Ausfuhrsteigerung durch -förderung.

„Da die Aussichten und Möglichkeiten, Exportförderung zu treiben, zurzeit außerordentlich gering sind, die Exportindustrie aber auf dem Standpunkt steht, daß angesichts der sichtlich immer größer werdenden Konkurrenz des Auslandes, namentlich der Vereinigten Staaten und Englands, wo erhebliche Mittel zur Exportförderung zur Verfügung gestellt werden, nicht länger gezögert werden darf, haben sich Kreise der Exportindustrie zusammengefunden, um ein eigenes Exportförderungsinstitut zu gründen. Dieses Institut soll sich im wesentlichen auf die Propagandatätigkeit im Ausland beschränken."

Mit dieser Mitteilung erfuhr die Oeffentlichkeit von der in diesen Tagen anläßlich der Leipziger Herbstmesse erfolgten Gründung einer neuen Zentralstelle für Exportwerbung, deren Notwendigkeit gerade in den gegenwärtigen Zeiten, in denen es in erster Linie darauf ankommt, auf Grund des an vielen Stellen ermäßigten Preisnieveaus die verlorengegangenen Auslandsmärkte wieder zu erobern, nicht bezweifelt werden kann. Die private Wirtschaft hat gerade auf dem Gebiet der Exportförderung noch manches nachzuholen. Das Ausland ist uns in dieser Beziehung immer noch weit voraus.

Die Methoden der Exportwerbung sind mannigfaltiger Art. Nach ihren Trägern aufgeteilt wird man den amtlichen Stellen, die die Exportförderung sich zur Pflicht machen, in erster Linie die Aufgabe zuweisen müssen, die deutsche Wirtschaft über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse des Auslandes eingehend und fortlaufend zu unterrichten, den ganzen Apparat unserer amtlichen Außenhandelsvertretungen stärker noch als bisher in den Dienst einer zuverlässigen Auslandsberichterstattung zu stellen. Der Privatwirtschaft dagegen muß die Aufgabe zufallen, für den Absatz ihrer Waren im Auslande zu werben und die einzelnen geschäftlichen Verbindungen anzubahnen und zu pflegen. Zur Erreichung dieses Hauptzieles ist es vor allem notwendig, nicht nur die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse des Auslandes zu kennen, sondern darüber hinaus einen genauen Einblick in die Geschäftslage der einzelnen ausländischen Firmen, mit denen ein Geschäftsverkehr angebahnt werden soll, zu erhalten, um spätere Enttäuschungen und Verluste zu vermeiden. Amtliche und private Exportförderung können hier Hand in Hand arbeiten. Die Auslandsvertretungen erhalten mancherlei Angaben über einzelne ausländische Firmen, die den als Bindeglied zwischen den Außenhandelsvertretungen und der einheimischen Wirtschaft eingeschalteten Außenhandelsstellen zugeleitet werden. Dieses Material, das erfahrungsgemäß nicht in alle Einzelheiten einer ausländischen Firma hineinleuchten kann und damit auch keine genügend sichere Grundlage für die Ausführung von Geschäftsbeziehungen bietet, sollte nicht etwa, wie das heute oft geschieht, durch die Außenhandelsstellen den deutschen Firmen unmittelbar zugängig gemacht werden, sondern es sollte an die führenden Auskunfteien geleitet werden, deren auf jahrzehntelange Erfahrungen aufgebaute und bis ins einzelne durchgegliederte Auslandsorganisationen in der Lage sind, die amtlichen Auskünfte zu überprüfen und zu vervollständigen. Erst dann kann sich ein geschlossenes Bild der Kreditwürdigkeit der ausländischen Firma und damit eine brauchbare Unterlage für die Entscheidung der Frage ergeben, ob eine geschäftliche Verbindung eingegangen werden kann oder nicht.

Die Vereine Credittreform, die sich die Pflege gerade der ausländischen Geschäftsverbindungen ihrer Mitglieder besonders angelegen sein lassen, haben noch in letzter Zeit mit vollem Recht die Notwendigkeit einer so gestalteten Zusammenarbeit amtlicher und privater Organisationen auf dem Gebiet der Exportförderung in ihrem vor kurzem veröffentlichten Jahresbericht unterstrichen, nicht etwa, weil sie die Beurteilung der Kreditwürdigkeit einzelner Firmen als das Reservat hierfür eigens geschaffener Auskunfteien ansehen, sondern weil sie in der Tat eine solche Zusammenarbeit für unerläßlich im Interesse einer wirklichen Exportförderung halten.

Vor der Paneuropa-Konferenz.

Eine europäische Abteilung im Rahmen des Völkerbundes?

Genf, 9. September.

Eine offizielle Einladung zu der ersten Europa-Konferenz ist bisher noch nicht erfolgt. Die Konferenz wird jedoch voraussichtlich zu einer geheimen Sitzung in der Glasveranda des Völkerbunds-Sekretariats zusammentreten, um den Bericht Briands anzuhören. Es dürfte jetzt feststehen, daß in den diplomatischen Vorverhandlungen die englische Auffassung sich durchgesetzt hat, nach der der gesamte Fragenkomplex der Zuständigkeit der europäischen Konferenz enthoben.

Damit ist die Entscheidung aus den Händen Frankreichs in die an der Völkerbundsversammlung teilnehmenden europäischen und außereuropäischen Mächte verlegt worden. Die englische Auffassung, die in wachsendem Maße auch unter den übrigen europäischen Regierungen Anhänger findet, kann dahin zusammengefaßt werden, daß im Rahmen des Völkerbundes eine Art europäische Abteilung geschaffen werden soll, in der die paneuropäischen Fragen gemeinsam mit den außereuropäischen Staaten zu prüfen sind.

Die letzte Verantwortung soll jedoch nicht die europäische Konferenz, sondern der Völkerbundsrat und die Vollversammlung des Völkerbundes tragen. Im Rahmen eines vom Völkerbund einzusetzenden Ausschusses sollen sodann sämtliche europäischen wirtschaftlichen Fragen, insbesondere die Frage der Abrüstung, der Minderheiten sowie einzelne regionale europäische Fragen, wie die Balkanfrage, die mitteleuropäische Frage, die baltische Frage und die die Donaustaaten berührende Frage, zur Erörterung gelangen.

Keine Behandlung der Memelfrage.

Zu den das deutsche Interesse auf der bevorstehenden Vollversammlung des Völkerbundes in erster Linie berührenden Fragen gehören die Abrüstungsfrage, die Minderheitenfrage, die Reform des Völkerbundssekretariats, die Saarfrage und auch die Memelfrage

In der Minderheitenfrage

scheint man auf deutscher Seite zu beabsichtigen, in dem sechsten Ausschuß der Völkerbundsversammlung eine Besserung des gegenwärtigen Beschwerdeverfahrens durch Revision der Madrider Ratsbeschlüsse zur Verhandlung zu stellen.

In der Abrüstungsfrage

dürfte die deutsche Haltung in der Richtung eines beschleunigten Abschlusses der vorbereitenden Arbeiten und der Festsetzung der Einberufung der Weltabrüstungskonferenz liegen.

In der Saarfrage

hofft man, bereits in den nächsten Tagen eine Entscheidung über die endgültige Abberufung des Internationalen Bahnschutzes im Saargebiet erreichen zu können. Die Frage der Wiederaufnahme der in Paris abgebrochenen Saarverhandlungen dürfte jedoch lediglich im Rahmen privater Unterredungen zwischen dem deutschen und dem französischen Außenminister zur Sprache gelangen.

Wie verlautet, soll die Memelfrage auf der Grundlage der großen Beschwerde des Memellandes an den Völkerbund auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates noch nicht zur Sprache gelangen; offenbar scheinen hierbei Rücksichten auf die Anfang Oktober bevorstehende Neuwahl zum Memellandtag eine Rolle spielen. Ferner scheint der Zeitpunkt der Einreichung der Memelbeschwerde eine sachliche Erörterung auf der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundsrates schwierig zu machen.

Polnische Provokationen?

Einbrüche bei polnischen Organisationen in Danzig.

Danzig, 9. September.

Im Zusammenhang mit wiederholten Beschädigungen polnischer Briefkästen in Danzig steht eine Angelegenheit, die ebenfalls den Zweck hat, gegen Danzig angesichts der Genfer Verhandlungen Stimmung zu machen. Die polnische Aktion versucht mit immer neuen Mitteln, die Polen als die verfolgte Unschuld und als die „unterdrückte Minderheit in Danzig" hinzustellen, um damit die Genfer Kreise zu beeinflussen.

Mit welchen Mitteln gearbeitet wird, beweist eine polnische Meldung. „Zwei Einbrüche in polnische Vereinsbüros" in der „Baltischen Presse" in Danzig. In diesem polnischen Hetzblatt ist im Zusammenhang mit der Briefkastenbeschädigung die Rede von 2 Einbrüchen in das Büro des polnischen Schulvereins und in das Büro der „Gmina Polska". In beiden Fällen sollen die Täter Schreibtische erbrochen, Brief geöffnet und Dokumente durchwühlt haben, außerdem sollen in einem Fall 600 Danziger Gulden gestohlen worden sein. Die polnische Presse stellt es so hin, als ob die Einbrüche in der Hoffnung auf „sensationelle Funde" gemacht und mit voller politischer Absicht in den Büros der polnischen Organisationen verübt worden seien.

*

Auch hier handelt es sich um ähnliche grobe polnische Verdächtigungen wie in der Briefkastenangelegenheit. Es ist zu hoffen, daß die polizeilichen Ermittlungen recht bald eine völlige Aufklärung der Vorfälle bringen, die den Polen allerdings recht unangenehm sein dürfte. Es sollen nämlich sehr bedeutsame Anhaltspunkte dafür vorhanden sein, daß es sich auch bei diesen Einbrüchen um polnische Täter handelt, die auf keine „sensationelle Funde", sondern auf Geld aus waren, wenn man nicht gar annehmen will, daß diese Einbrüche deshalb von polnischer Seite ausgeführt wurden, weil sie sich vorzüglich als Hetzmaterial gegen Danzig auswerten lassen. Man muß immer wieder feststellen, daß die polnischen Verdächtigungen gegen Danzig, die durchaus in den Rahmen der offenen erkennbaren polnischen Aktion passen, völlig in sich zusammenfallen.

Was Italien verlangt.

Teilnahme Rußlands und der Türkei an den Paneuropaverhandlungen.

Genf, 9. September.

In den vertraulichen Verhandlungen, die zwischen den verschiedenen Vertretern für die europäische Konferenz stattgefunden haben, sind neue Schwierigkeiten zutage getreten.

Auf italienischer Seite wird verlangt, daß zu den weiteren vorbereitenden Ausschußarbeiten auch Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes, wie Sowjetrußland und die Türkei, hinzugezogen werden.

Die französische und die englische Regierung verlangen dagegen, daß an den Ausschußarbeiten nur Mitgliedstaaten des Völkerbundes teilnehmen und verlangen unter Hinweis auf die befürchtete kommunistische Propaganda den Ausschluß Sowjetrußlands. Offen ist zur Zeit noch die Stellungnahme Deutschlands zu diesen Meinungsverschiedenheiten.

Kritische Fragen.

Reichswehrministerium gegen den Abg. Künstler.

Berlin, 10. September.

Das Reichswehrministerium teilt mit: Nach den Berichten verschiedener Blätter hat Herr Franz Künstler in einer Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei behauptet, Offiziere der Reichswehr seien mit dem russischen Militärattaché und deutschen Kommunisten zusammengekommen und hätten mit diesen die Grundlage für den Aufruf der KPD. vereinbart. Diese Angaben sind so phantastisch und ungeheuerlich, daß Herr Künstler hiermit öffentlich aufgefordert wird, auf folgende Fragen zu antworten:

1. **Wann und wo ist diese Zusammenkunft gewesen?**
2. **Welche Offiziere haben daran teilgenommen?**
3. **Welche Beweise kann Herr Künstler hierfür vorlegen?**

Sollte Herr Künstler den Beweis für seine Angaben schuldig bleiben, so würde er sich selbst als Verleumder kennzeichnen, gegen den sich das Reichswehrministerium gerichtliche Schritte vorbehält.

Ferner hat Herr Künstler die Namen einiger früherer Offiziere genannt, die angeblich in Rußland tätig sein sollen. Da diese Namen schon öfter genannt worden sind, hat das Reichswehrministerium folgendes über sie festgestellt: Generalmajor a. D. Thomson — von der Lieth hat der Reichswehr niemals angehört. Er lebt seit Jahren schwer krank und fast erblindet in Schleswig-Holstein. General der Artillerie a. D. Ludwig ist 1929 aus der Reichswehr ausgeschieden und wohnt in Berlin. Zwischen ihm und dem Reichswehrministerium bestehen keine dienstlichen Verbindungen irgendwelcher Art. Major a. D. Ritter von Niedermayer ist schon am 31. Januar 1922 aus der Reichswehr ausgeschieden. Er ist Dr. der Geographie und seit seiner Verabschiedung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0001

auf diesem Gebiete wissenschaftlich tätig. Ebenfalls ist in diesem Zusammenhang in einer Zeitung der Major a. D. Justrow genannt worden, der im Jahre 1929 den Abschied erhalten hat. Er hat sich, soweit dem Reichswehrministerium bekannt, seitdem dauernd in Deutschland aufgehalten. Dienstliche Beziehungen zwischen ihm und dem Reichswehrministerium bestehen nicht.

Das Wohnungsbauprogramm.

Eine amtliche Mitteilung.

Berlin, 10. September.

Amtlich wird mitgeteilt: Ein deutlicher Beweis dafür, daß das zusätzliche Reichswohnungsbauprogramm sich in der Bauwirtschaft bereits stark auswirkt, und daß die Arbeiten zur praktischen Ausführung dieses Programmes schon weit vorgeschritten sind, ist die Tatsache, daß die Bauherren, Gemeinden und Länder um raschste Bereitstellung der vom Reich für die Durchführung des Bauprogrammes vorgesehenen Mittel dringend ersuchen.

Das Reich hat rechtzeitig dafür gesorgt, daß solchen Gesuchen sofort Rechnung getragen werden kann, und es hat für die Länder Preußen, Bayern und Sachsen die ersten Raten in einer Gesamthöhe von 16 Mill. Rm. soeben zur Verfügung gestellt. Den Anforderungen der anderen Länder wird in gleicher Weise entsprochen werden.

Die rechtzeitige Bereitstellung der Mittel zeigt, daß die Reichsregierung es sich außerordentlich angelegen sein läßt, das zusätzliche Bauprogramm so schnell wie möglich durchzuführen. Inzwischen haben in Preußen unter Führung des preußischen Wohlfahrtsministeriums im Benehmen mit dem Reichskommissar für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm in Berlin und in Königsberg Besprechungen mit den Sachbearbeitern der Regierungspräsidenten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien, Grenzmark und Ostpreußen stattgefunden.

Diese Besprechungen dienen der einheitlichen Durchführung des Bauprogramms und der Beseitigung von Unklarheiten, Zweifeln und Unsicherheiten über einzelne Bestimmungen z. B. über Art der Finanzierung, Wohnungsgrößen, Bauaufwand, Mieten über die Mitwirkung der Gemeinden und Arbeitsämter sowie über die Auszahlung der Gelder, — sämtlich Fragen, deren schriftliche Beantwortung zeitraubend, schwierig und umständlich wäre und den Fortgang der praktischen Arbeit aufhalten würde.

Bei diesen Besprechungen wurde festgestellt, daß unter tatkräftiger Mitwirkung der Länder bereits eine Senkung der Baukosten eingetreten ist, und daß die Reichsregierung in der Tat im richtigen Augenblick mit ihrem Programm herausgekommen und mit ihren praktischen Vorschriften für den Wohnungsbau einem von der Bauwirtschaft selbst erkannten Bedürfnis entgegengekommen ist. Weitere Besprechungen für die westlichen Provinzen werden am 12. und 13. d. Mts. in Köln und Hannover stattfinden.

Saarbahnschutz in Genf.

Briand sabotiert die Zurückziehung des Saarbahnschutzes.

Genf, 10. September

Die Entscheidung über die Zurückziehung des internationalen Bahnschutzes aus dem Saargebiet ist am Dienstag nach einer längeren Aussprache zwischen Dr. Curtius und Briand auf eine weitere Sitzung des Völkerbundsrates verschoben worden.

Der italienische Außenminister Grandi erstattete den Völkerbundsrat einen eingehenden Bericht, in dem er einen Ueberblick über die Entstehung des Saarbahnschutzes, die einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrages sowie über sämtliche Ratsentscheidungen gab. Grandis Bericht begnügt sich jedoch mit historischen Feststellungen und hebt lediglich zum Schluß hervor, daß durch die Rheinlandräumung und die Stellungnahme der Saarregierung eine neue Lage geschaffen sei.

Außenminister Briand

stellte fest, daß die Prüfung dieser Frage heute noch nicht so weit geklärt sei, daß eine sofortige Entscheidung erreicht werden könne. Er schlug vor, daß der Berichterstatter zusammen mit dem deutschen und französischen Außenminister und dem Generalsekretär des Völkerbundes die Frage eingehend prüfen solle, um dem Völkerbundsrat eine Entscheidung vorlegen zu können.

Dr. Curtius erklärte,

daß nach der Räumung des Rheinlandes heute kein Grund mehr bestehe für die weitere Aufrechterhaltung des internationalen Bahnschutzes. Der Versailler Vertrag verpflichte die Saarregierung, für die öffentliche Sicherheit des Saargebiets durch eine Gendarmerie zu sorgen.

Die Saarregierung habe genügend Gendarmerie zur Verfügung und könne nötigenfalls Hilfskräfte im Lande bekommen. Die deutsche Regierung habe stets gegen den internationalen Bahnschutz im Saargebiet protestiert. Diese Gründe genügten, um einen sofortigen Beschluß über die Zurückziehung des Bahnschutzes zu treffen, besonders da der Bahnschutz nur als Sicherung der Verbindungen für die Besatzungstruppen geschaffen worden sei. Der Beschluß der Saarregierung, den Bahnschutz auf 250 Mann herabzusetzen, bedeute, daß die Saarregierung alles getan habe, um der neuen Lage Rechnung zu tragen. Die endgültige Entscheidung liege jetzt beim Völkerbundsrat.

Briand trat der deutschen Auffassung entgegen. Er betonte, daß der Bahnschutz nicht nur für die Sicherheit der Truppentransporte, sondern für die Sicherheit und Aufrechterhaltung des Durchgangsverkehrs geschaffen sei. Die Entscheidung liege jetzt beim Völkerbundsrat, der sich überzeugen könne, daß noch nicht alle Unterlagen für eine Entscheidung vorlägen, und daß die Lage geprüft werden müsse.

Dr. Curtius erklärte sich bereit, in einem kleinen Komitee die Frage zu prüfen, doch unter der Bedingung, da der Völkerbundsrat bereits in den nächsten Tagen zu einer endgültigen Entscheidung gelange. Er könne mit der Auffassung Briands nicht übereinstimmen und behalte sich vor darauf zurückzukommen.

Auf Vorschlag des italienischen Außenministers Grandi wurde beschlossen, dem Völkerbundsrat gemeinsam mit dem deutschen und französischen Außenminister den endgültigen Entwurf einer Entschließung in dieser Frage vorzulegen.

Es ist dringend zu hoffen, daß der deutsche Außenminister nicht nachgibt und daß die Zurückziehung des Bahnschutzes sofort erreicht wird.

Ein verklausulierter Beschluß.

Europa auf der Tagesordnung der Genfer Vollversammlung.

Genf, 10. September.

Die Sitzung der europäischen Konferenz hat von 16 bis 19.30 Uhr gedauert. Eine weitere Sitzung findet vorläufig nicht statt. Als Ergebnis der Konferenz wird folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht:

„Die Vertreter der europäischen Staaten, Mitglieder des Völkerbundes, vereinigt am 8. September in Genf in Durchführung der Genfer Entschließung vom 9. September 1929, haben nach Kenntnisnahme der Ergebnisse der Untersuchungen im Hinblick auf eine Organisation für eine europäische Union — einerseits überzeugt, daß eine enge Zusammenarbeit der europäischen Regierungen auf allen Gebieten der internationalen Tätigkeit für die Erhaltung des Friedens in der Welt von entscheidender Bedeutung ist, andererseits zur Durchführung dieser Zusammenarbeit in voller Uebereinstimmung mit dem Völkerbundspakt und in Achtung der darin niedergelegten Grundsätze — beschlossen, die Frage auf die Tagesordnung der Vollversammlung des Völkerbundes zu setzen."

England gegen eine Festlegung auf Paneuropa.

Die Ueberweisung der Paneuropa-Frage an die Vollversammlung des Völkerbundes bedeutet, daß diese Frage für die europäische Konferenz selbst, die diesen Beschluß einstimmig gefaßt hat, vorläufig erledigt ist. Ueber den Verlauf der dreieinhalbstündigen europäischen Konferenz werden folgende Mitteilungen gemacht: Im Anschluß an die Uebergabe des französischen Weißbuches hielt zunächst der französische Außenminister Briand eine einstündige Rede, in der er zum Schluß die Frage aufwarf, wie und in welcher Form der Völkerbund mit der Angelegenheit befaßt werden soll.

Die weitere Erörterung spielte sich jedoch hauptsächlich zwischen dem englischen und dem französischen Außenminister ab.

Von französischer Seite wurde in der Aussprache verschiedentlich versucht, zunächst eine vorläufige Festigung der europäischen Konferenz auf dem Grundgedanken einer europäischen Einigung zu erzielen.

Dieser Versuch scheiterte an der außerordentlich festen Haltung des englischen Außenministers.

Henderson erklärte von vornherein, daß er seine Zustimmung zu der Anerkennung des Grundsatzes einer europäischen Einigung nicht geben könne, jede sachliche Festlegung ablehnen müsse und die Entscheidung über das weitere Schicksal des Planes allein der Völkerbundsversammlung überlassen müsse. In der weiteren Aussprache wurde von verschiedenen Seiten eine ganze Anzahl von Vorbehalten gemacht, wobei die mit Frankreich verbündeten Staaten im Großen den Standpunkt Frankreichs vertraten.

Curtius spricht:

Reichsaußenminister Dr. Curtius verlangte mit Unterstützung einer Reihe anderer Staaten, daß weder eine Feststellung des Grundsatzes einer paneuropäischen Einigung noch irgend eine Art Organisation in noch so loser Form geschaffen würde. Dr. Curtius wies, auf der deutschen Antwortnote fußend, darauf hin, daß alle Möglichkeiten erschöpft werden müßten, um denen in der heutigen Lage Europas drohenden Gefahren zu begegnen.

Zum Schluß wurde die einstimmige Auffassung festgestellt, daß nach der Generaldebatte in der Völkerbundsversammlung unter allen Umständen ein Studienausschuß eingesetzt werden müsse, der die gesamte Frage nach der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Seite prüfen soll. Völlig offen ist jedoch die Frage, welche Zusammensetzung und welche Zuständigkeiten dieser Ausschuß haben soll. Als Ergebnis wird allgemein festgestellt, daß eine grundsätzliche Zustimmung der europäischen Konferenz zu dem französischen Paneuropaplan nicht erfolgt ist. Die Konferenz hat selbst ihre eigene Zuständigkeit als für nicht gegeben erklärt und die Vollversammlung des Völkerbundes, in der 54 Regierungen vertreten sind, als die alleinige zuständige Instanz angesehen.

Deutsche Politik und Paneuropa.

Curtius vor der internationalen Presse.

Genf, 10. September.

Vor Vertretern der internationalen Presse sprach Reichsaußenminister Dr. Curtius über politische Tagesfragen. Hierbei führte er u. a. aus: Die deutsche Politik vertrete selbstverständlich in erster Linie die nationalen Interessen; sie sei sich aber bewußt, daß eine nationale Politik nur auf dem Wege der Verständigung und des Friedens möglich sei. Eine andere Politik sei heute für Deutschland unmöglich.

Gleichgültig, wie die Reichstagswahlen ausfielen, die deutsche Politik werde und müsse von jeder Regierung in diesem Sinne geführt werden.

Die deutsche Regierung habe durch ihn, Curtius, dem französischen Außenminister den Dank ausgesprochen, daß er die Initiative ergriffen und sachlich über die Antworten aller Regierungen der Konferenz berichtet habe. Der Paneuropa-Gedanke werde langsam fortschreiten und organisch wachsen.

Die deutsche Regierung vertrete den Standpunkt der Gleichheit und Gerechtigkeit sämtlicher Staaten im Rahmen Paneuropas.

Eine paneuropäische Union müsse den Mitgliedern die Möglichkeit für eine organische Entfaltung geben. Die deutsche Regierung lege besonders Wert darauf, daß die wirtschaftspolitischen Fragen in Angriff genommen würden. Seit den Jahren 1927 und 1928 sei zweifellos ein Rückgang in der Gemeinschaftsarbeit des Völkerbundes festzustellen, der auf die internationale Landwirtschaftskrise die Absatzstockung und die schwere Lage der Industrien in Europa zurückzuführen sei. Jeder Staat sei daher gezwungen, zunächst für sich selbst zu sorgen.

„Antideutsche Woche" in Polen.

Warschau, 10. September. Der Pilsudskische Strezelec-Verband hat beschlossen, vom 21. bis 28. September eine deutschgegnerische Woche zu veranstalten. Diese Aktion ist hauptsächlich als Antwort auf die letzten Reden des Reichsministers Treviranus und gegen die deutschen Grenz-Revisionsbestrebungen gedacht. Die deutsch-gegnerische Strezelec-Woche sieht eine Reihe von Kundgebungen und Vorträgen sowie Verteilung von deutschfeindlichen Schriften vor. Es sollen ferner auch noch besondere Marken verkauft werden, und die Einnahmen daraus sollen für eine nationalpoknische Erziehung in Pommerellen verwendet werden.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 10. September 1930

* Der Wahlkampf ist im vollen Gange. Auch Kemberg wird in der letzten Woche viel umworben. Fast alle bedeutenden Parteien haben ihre Versammlungen bereits gehalten oder werden sie in den nächsten Tagen noch veranstalten. Nach den ersten Versammlungen der Nat.-Sozialisten und der KPD. fand am Freitag die Versammlung der SPD. (Liste 1) statt, ihr folgte am Sonntag noch einmal die National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Liste 9). Am Montag legte die Deutsche Volkspartei (Liste 5) ihre Ziele dar, während am Dienstag der deutsche Mittelstand durch seine berufene Vertreterin, die deutsche Wirtschaftspartei (Liste 7) zu den Wählern sprechen ließ. Alle diese Versammlungen hatten sich eines verhältnismäßig guten Besuches zu erfreuen. Am Freitag kommt die Staatspartei (Liste 6) und am Sonnabend der Stahlhelm mit einer Sonder-Wahlveranstaltung. Wir empfehlen unsern Lesern nun auch noch den Besuch dieser Veranstaltungen und dann am

Sonntag, den 14. September,
Auf zur Wahl!
Es geht um Deutschlands Zukunft.

— **Früher Winter angekündigt.** Der Leiter der Forschungsstelle für langfristige Witterungsvorhersage in Frankfurt a. M., Dr. Baur, gibt auf Grund seiner mit Unterstützung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft durchgeführte Forschungen folgende Temperaturvorhersage für den Herbst 1930: „Die gegenwärtige warme und heitere Witterung wird zwar mit kurzen Unterbrechungen noch längere Zeit fortbestehen, im Oktober und November wird aber die Temperatur in Deutschland im Durchschnitt unter der normalen liegen, so daß in diesem Jahre mit einem ziemlich frühzeitigen Eintritt des Winters zu rechnen ist."

Düben. (Eine „übereifrige" Wählerin — und doch ein Vorbild für die Wahlfaulen.) Um 8 Tage in dem Wahltermin geirrt hatte sich eine Wählerin, die gestern vormittag im Rathaus erschien, um — ihr Wahlrecht auszuüben. Uebereifer schadet niemals, vielmehr könnte dieser Fall manchem Wahlfaulen als Vorbild dienen, der sich in dem falschen Glauben wähnt, auf seine Stimme käme es doch nicht an. Wahlrecht ist auch Wahlpflicht!

Gräfenhainichen. (Gewitterschaden.) Nach der unbeständigen Witterung in letzter Zeit wurde unser Heimatgebiet am Sonnabend zwischen 20 und 21 Uhr plötzlich von einem kurzen schweren Gewitter überrascht, begleitet von sogen. Kugelblitzen und ergiebigen Regengüssen. Ein kalter Blitzstrahl traf die Ueberlandleitung Zschornewitz-Gräfenhainichen, wodurch unsere Stadt auf geraume Zeit in Finsternis versetzt wurde, so daß Kerzenlichter und Oellampen zur Aushilfe angezündet werden mußten. Die defekte elektrische Zuleitung wurde gestern vormittag durch Monteure wieder repariert, weshalb auch das Leitungsnetz ausgeschalten wurde.

Gossa. In der gefährlichen Kurve kurz vor Gossa auf der Chaussee Gräfenhainichen—Bitterfeld kam am Sonnabend gegen 9 Uhr ein Berliner Personenauto ins Schleudern und fuhr gegen die an der rechten Seite vor einem Bach lagernden Bordsteine. Während das Vorderteil frei über den etwa 3 Meter tiefen Graben zu hängen kam, wurde das Hinterteil des Autos noch durch die aufgeschichteten Bordsteine festgehalten. Hierdurch wurde der Wagen vor einem Absturz bewahrt. Ein des Weges kommender Lastzug der Muldensteiner Papierfabrik zog den Wagen wieder auf die Chaussee, worauf die Fahrt fortgesetzt werden konnte. Die Insassen sind mit dem Schrecken davongekommen.

Bethau. Eine größere Summe Geld gestohlen wurde hier im Gasthof Freytag. Durch den Umstand, daß der Mann nicht zu Hause war und der Bierausschank nicht gerade in der Gaststube ist, nutzten zwei Bettler die Gelegenheit aus. Sie bestellten sich je ein Glas Bier. In dem Augenblick, wo die Frau das Bier holte, wurde die Tat von dem einen ausgeführt, während der zweite der Frau folgte und sie für kurze Zeit festhielt. Nachdem sie es getrunken und bezahlt hatten, verschwanden sie eiligst aus dem Dorfe. Kurz darauf mußte die Frau die Feststellung machen, daß der ganze Betrag aus der Kasse gestohlen

Bürgerlicher Wähler, sei auf der Hut!

sonst gibt es ein großes Unglück.

Darum

Wähle bürgerlich!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0002

war. Nach langem Suchen der Landjäger wurden sie dann in Annaburg festgenommen. Nach Feststellung der Namen, es handelt sich um Arbeitslose aus Wittenberg, wurden sie aber wieder freigelassen. Es wurde der ganze Betrag noch vorgefunden.

Burg b. Magdeburg. Selbstmord einer Greisin. Die 83 Jahre alte Frau Arnold ertränkte sich im Ihlekanal aus Kummer darüber, daß sich ihre Tochter wegen des plötzlichen Todes ihres Kindes das Leben genommen hatte.

Samswegen. Ueberfall auf ein Auto. Auf das Auto des Bäckermeisters Walter Sabisch wurde auf der Straße nach Groß-Ammensleben von 2 Männern ein Ueberfall verübt. Sie bewarfen den Wagen und den Führer mit Steinen, um das Auto zum Halten zu zwingen. Der Führer gab aber Vollgas und entkam. Die sofort angestellten Nachforschungen waren erfolglos.

Lüdecke gesteht einen zweiten Mord

Halle. Der Melker Friedrich Lüdecke, der den Friseur Kunzke in der Nähe von Lebuja ermordet und beraubt hatte, hat jetzt eingestanden, auch den Raubmord an dem Arbeiter Hermann Nagel am 11. Mai 1926 in der Nähe von Hohenseifen begangen zu haben. Auch hier dienten Eichenknüppel und Messer als Mordwerkzeuge. Der Mörder kommt wahrscheinlich auch noch für einen dritten Raubmord, der im Mai 1926 in der Nähe von Uetzen begangen wurde, als Täter in Frage.

Mordgeständnis nach zehn Jahren

Loburg (Bez. Magdeburg.) **Der Bergarbeiter Paul Friedrich aus Dölnitz und der Maurer Seidenschnur aus Osendorf sind unter der Anschuldigung verhaftet worden, im Jahre 1920 den Feldaufseher des Dölnitzer Rittergutes, Otto Rosmislowsky, auf der Dölnitzer Flur erschossen zu haben. Damals blieben alle Nachforschungen nach den Tätern erfolglos, bis jetzt ein Hofaufseher des Rittergutes in der Trunkenheit erzählte, er hätte in der Mordnacht Friedrich und Seidenschnur mit einem Gewehr nach Hause kommen sehen. Die beiden Verhafteten haben bereits gestanden, den Feldhüter, als er sie beim Felddiebstahl überraschte, durch einen Herzschuß aus einem Militärgewehr getötet zu haben.**

2,7 Millionen für den Wohnungsbau im Regierungsbezirk Merseburg

Merseburg. Aus dem 100-Millionen-Fonds der Reichsregierung für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm sind dem Regierungsbezirk Merseburg 2,7 Millionen RM überwiesen worden. Die Verteilung auf die Stadt- und Landkreise ist bereits erfolgt, so daß der Inangriffnahme der ausgearbeiteten Bauprogramme nichts mehr im Wege steht. Allerdings werden die Ansprüche durchweg etwas zurückgeschraubt werden müssen, da sie in ihrer Gesamtheit den Betrag von 2,7 Millionen RM weit übersteigen.

Schwere Schlägerei im Obdachlosenasyl

Halle. Im hiesigen Asyl für Obdachlose in der Artilleriestraße kam es zwischen mehreren Insassen zu einer schweren Schlägerei. Zwei der Beteiligten trugen erhebliche Verletzungen davon. Der im Asyl diensttuende Kriminalbeamte versuchte, die Streitenden zu trennen. Da ihm das nicht gelang, gab er einen Schreckschuß ab, der den Tätlichkeiten ein Ende machte. Die beiden Verletzten wurden in die Krankenstube des Asyls gebracht. Zwei Täter wurden dem Polizeigefängnis zugeführt.

Vier Verletzte bei einem Autounglück

Halle. Auf der Merseburger Staatsstraße fuhr das Auto des Kaufmanns Barck aus Halle, als es von einem Kraftwagen überholt wurde, gegen einen Baum. Barck, dessen Tochter und zwei weitere Insassen des halleschen Autos wurden durch Glassplitter erheblich verletzt.

Schießerei in einer Erfurter Gastwirtschaft

Erfurt. In der Nacht zum Dienstag kam es in der Gastwirtschaft „Zum Augustiner" zwischen dem Wirt und zwei angetrunkenen Gästen zu einer Schießerei, in deren Verlauf die beiden Gäste durch den Wirt durch Revolverschüsse lebensgefährlich verletzt wurden. Die beiden Gäste hatten, trotzdem sie schon stark angetrunken waren, vom Wirt weitere Getränke verlangt, was dieser verweigerte. Als sie, von anderen Gästen unterstützt, auf den Wirt eindrangen, zog dieser eine Armeepistole und warnte die Gäste, tätlich zu werden. Als sie trotzdem weiter auf ihn eindrangen, gab der Wirt zwei Schüsse ab. Die ganze Einrichtung des Lokals und sämtliche Fensterscheiben wurden von den Gästen vollkommen zerschlagen. Der Wirt wurde verhaftet.

Wernigerode. Der erste Frost im Harz. In den letzten Nächten ist im Harzgebiet starker Frost eingetreten; Kartoffeln und Gartenbohnen haben stark gelitten.

Gegen Auflösung des Kanal-Bauamtes Leipzig

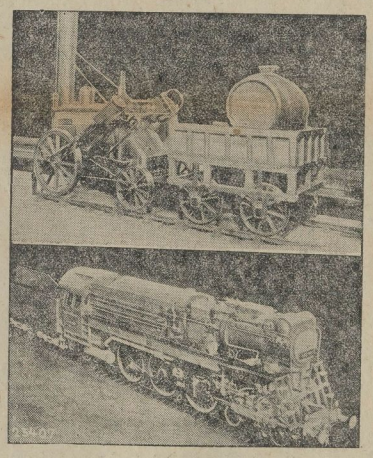
Leipzig. Der Ortsausschuß Leipzig des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB.) befaßte sich erneut mit der geplanten Auflösung des Leipziger Kanal-Bauamtes und nahm einstimmig eine Entschließung an, in der u. a. gesagt wird daß das Reichsverkehrsministerium trotz aller begründeter Eingaben und Proteste und trotz der immer weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit nicht geneigt sei, den Bau des Mittellandkanal-Südflügels durchzuführen. Die bisherigen Proteste scheinen lediglich den einen Erfolg gehabt zu haben, daß die zum 1. Oktober 1930 beabsichtigte Auflösung der Bauämter Halle, Merseburg und Bernburg erst durchgeführt werde, wenn die Vorarbeiten beendet seien. Das Bauamt Leipzig soll dagegen am 1. Oktober 1930 aufgelöst werden. Gegen diese beabsichtigte Maßnahme müsse immer wieder mit aller Schärfe protestiert werden. Die Hoffnung auf die Unterbringung einiger Tausend arbeitsloser Menschen werde damit ebenfalls zerstört, was besonders für die Arbeitnehmer der Stadt Leipzig, wo das Gelände des Kanalgebietes äußerst günstig liegt, zu bedauern wäre. Es wird deshalb von der Reichsregierung gefordert, daß sie wenigstens soviel Mittel bereitstelle, daß zunächst mit wenigen Arbeitskräften mit dem Bau des Südflügels begonnen werden könne. Es brauchten dann wenigstens die mit großen Kosten eingerichteten Bauämter nicht aufgelöst zu werden.

Zielfahrt zur Zeppelinlandung in Leipzig

Leipzig. Anläßlich der Landung des Luftschiffes „Graf Zeppelin" auf dem Flugplatz Leipzig-Mockau am 21. September veranstaltet der Gau 17 — Leipzig — des ADAC eine Zielfahrt, zu der alle Automobil- und Motorradfahrer zugelassen sind. Die Zielkontrollen befinden sich für die von Norden kommenden Fahrzeuge im „Neuen Gasthof" Wiederitzsch bei Leipzig, für alle übrigen Fahrzeuge im Restaurant „Chausseehaus" Delitzscher Straße, Ecke Hallesche Straße. Die Kontrollen sind am genannten Tag von 10—15 Uhr geöffnet. Interessenten wollen sich wegen Uebermittlung einer Ausschreibung an die Geschäftsstelle Leipzig C 1, Barfußgasse 12, wenden. Gegen Abgabe des Nenngeldes von vier RM erhalten die Teilnehmer eine künstlerisch ausgeführte Erinnerungsplakette.

Erfolg der Vogtländischen Gewerbeausstellung

Plauen. Die Vogtländische Gewerbeausstellung Plauen 1930 kann einen sehr befriedigenden Erfolg buchen. Nicht nur, daß mehr als 30 000 zahlende Besucher die Ausstellung besichtigten, sind auch die Aussteller mit dem geschäftlichen Ergebnis zufrieden, da zahlreiche Geschäftsverbindungen hergestellt und abgeschlossen werden konnten. Die Tombola, für die ursprünglich 6 000 Lose vorgesehen waren, mußte infolge des überaus guten Zuspruchs die Loszahl auf das Dreifache erhöhen. Alles in allem war die Ausstellung ein Beweis für die Leistungsfähigkeit und die Qualitätsarbeit des vogtländischen Handwerks und Gewerbes.



100 Jahre Eisenbahn.
Am 15. September 1830 fuhr die erste Lokomotive „Rocket" des Engländers Stephenson von Manchester nach Liverpool. Oben: die erste Lokomotive „Rocket". Unten: die neueste Lokomotive der Deutschen Reichsbahn mit allen Neuerungen der Technik ausgerüstet.

Könnern. Fischkonservenvergiftung. Hier erkrankten ein Ehepaar und dessen Töchterchen nach dem Genuß von Fischkonserven. Während die Eheleute wieder genesen sind, ist das Kind der Vergiftung erlegen.

Torgau. Grabsteine gestohlen. Vor einiger Zeit waren aus dem Friedhof in Roitzsch mehrere Grabsteine verschwunden, die mit einem Fuhrwerk abtransportiert worden waren. Kürzlich beobachtete man auf dem Friedhof mehrere Männer, die zwei Grabsteine auf ein Auto verladen wollten. Die Spitzbuben wurden zur Rede gestellt. Der Chauffeur gestand, die früher gestohlenen Grabsteine nach Leipzig gefahren zu haben. Der Anstifter soll ein Bildhauer sein, der sich auf diese Weise sein Rohmaterial beschaffen wollte.

Während des Erntefestes erstochen

Weißenfels. Das Erntedankfest in Trauschwitz nahm ein jähes Ende. Aus bisher unbekannten Ursachen entstand Montag in der zweiten Morgenstunde eine wüste Schlägerei, in deren Verlauf der Landwirt Bergner erstochen wurde. Weiteren Ausschreitungen machte das aus Weißenfels herbeigerufene Ueberfallkommando ein Ende, da der Trauschwitzer Landjäger allein nicht imstande war, dem Treiben Einhalt zu gebieten. Von dem Täter fehlt noch jede Spur. Verschiedene verdächtige Personen wurden inzwischen festgenommen.

Weißenfels. Einbrecherbande festgenommen. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, elf Einbrüche, die in den Monaten Juli und August in Baubuden, Gartenlauben und in eine Hühnerfarm ausgeübt wurden, aufzuklären. Die Täter, drei Erwerbslose aus Weißenfels, darunter zwei Brüder, wurden festgenommen. Die Einbrecher haben eine unzählige Menge von Werkzeug, Gebrauchsgegenständen und Kleidungsstücken gestohlen. Der größte Teil des Raubes konnte den Geschädigten wieder ausgehändigt werden. Beim Einbruch in die Hühnerfarm hatten die drei Kumpane neun Hühner an Ort und Stelle abgeschlachtet und unter sich verteilt.

Melchendorf. Neue Brandstiftung. Nachdem erst in der vergangenen Woche das Dorf von einem Großfeuer heimgesucht worden war, brach in der Sonntagnacht im Gehöft des Ortsbrandmeisters Hartmann ein Brand aus, dem die große Scheune mit allen Vorräten zum Opfer fiel. Auch die Stallungen wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Das Vieh konnte rechtzeitig gerettet werden. Den vereinten Bemühungen der zahlreichen Feuerwehren, die das Wasser aus einem 400 Meter entfernt stehenden Brunnen heranbrücken mußten, ist es zu verdanken, daß der ganze Gebäudekomplex nicht vernichtet wurde. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Auch in diesem Falle liegt zweifellos Brandstiftung vor.

Ilmenau. Ein zweites Großfeuer wütete in Großbreitenbach in Thüringen. Hier kam in den hinteren Gebäuden des Schneidemüllers Schaa ein Feuer aus, das mit ungeheurer Schnelligkeit auf die Nachbargebäude des Malermeisters Sommer, der Witwe Funkler und des Porzellangießers Büttner übergriff. Die vier Wohnhäuser mit sämtlichen Nebengebäuden einschließlich Futtervorräten, Möbeleinrichtungen und ein Porzellanlager wurden vernichtet. Sechs Familien sind obdachlos. Die Ortsfeuerwehr, unterstützt von den Motorspritzen von Stadtilm und Ilmenau, hatte große Mühe, die durchweg fast nicht massiv gebauten und eng benachbarten Grundstücke zu schützen. Die Brandursache ist unbekannt; der Schaden größtenteils durch Versicherung gedeckt.

Verfehlungen bei der Gothaer Stadtkasse

Zwei Beamte begehen Selbstmord

Gotha. In der Nacht zum Freitag hat, wie erst jetzt verlautet, der Stadtobersekretär Hugo Schmidt, der der nationalsozialistischen Fraktion des Gothaer Stadtrates angehörte, seinem Leben durch Vergiften ein Ende gemacht. Montagvormittag erschoß sich ein weiterer Beamter der Stadthauptkasse, der Stadtsekretär Mänz. Beide Beamte sowie eine Angestellter, der sich zur Zeit krank gemeldet hat, haben von der Kasse insgesamt 4500 RM Vorschuß zu Unrecht in Anspruch genommen. Bei einer Revision wurde ferner festgestellt, daß Gehälter falsch berechnet und ausgezahlt worden sind. Die Unregelmäßigkeiten fallen in erster Linie dem Stadtobersekretär Schmidt zur Last. Sie gehen bis in das Jahr 1926 zurück. Die Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten erfolgte bei einer geplanten Reorganisierung der Stadthauptkasse.

Sonnige Tage muß auch die Hausfrau ausnutzen. Hinaus ins Freie, das beruhigt die Nerven und gibt neue Kraft zu neuer Arbeit für Haus und Familie. Selbst der Waschtag soll sie bei schönem Wetter nicht im Haus halten. Auch an diesem Tage findet die praktische Hausfrau bestimmt einige Freistunden, wenn sie Ozonil benutzt, das vorzügliche selbsttätige Waschmittel, das durch nur ½stündiges Kochen eine herrliche weiße Wäsche gibt, zumal, wenn bereits am Vorabend die Wäsche in Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke Schwan, eingeweicht wurde. Denn durch das Einweichen mit Schwanpulver wird der Schmutz schon fast vollkommen gelöst

Brennholzverkauf

der **Oberförsterei Tornau** b. Düben am **18. September 1930, 10 Uhr** im **„Heidekrug"** in **Tornau.**

Schwemsal Jag. 23 Ba und Sammelh. Vorn. Kie.: 158 Reis I.
Rauchhaus Sammelhieb Vorn. Ei: 3 Klo. 3 Knü, 1 Reis I.
Tornau Nord Jag. 121e u. Sammelh. Vorn. Kie.: 79 Reis I.
Grenzhaus Jag. 110, Sammelh. Hauptn., 108c, 131 Ba und Sammelh. Vorn. Ei: 69 Klo. 72 Knü, 1 Bruch, 81 Reis I; Bu: 146 Klo., 160 Knü, 86 Reis I; Bir: 2 Klo. 10 Knü; Kie: 77 Klo. 298 Knü, 319 Reis I

Berichtigung vorbehalten. Das vorstehende zum Verkauf gestellte Brennholz ist das letzte aus dem Einschlag 1930.

Ich biete an Ia.
Gerstenschrot
Roggennachmehl
Weizenmehl
Roggenmehl — Kleie
G. Thiele, Motormühle Gaditz

Salyzil-Papier
Pergamentpapier
empfiehlt **Richard Arnold.**

Gicht- und Rheumakranke!
können sich von ihrem qualvollen Leiden befreien durch **Carl Baders Divinalsalbe.** Seit Jahrzehnten 1000fach bewährt bei **Gicht, Rheuma, Ischias, Nervenleiden.** Schmerzstillend u. heilend Wirkung überraschend. Zahlreiche Dankschreiben von Geheilten. Preis 1,50 u. 3,— RM.
Apotheke Kemberg.
Apotheke Bad Schmiedeberg.

RECHTS ODER LINKS? Es ist der gleiche haßerfüllte Despotengeist!
Volkseinheit • Bürgerfreiheit wahrt allein die Mitte:
DIE DEUTSCHE STAATSPARTEI
Wählt Liste 6!

Offeriere billigst ab Lager:
Schwefels. Ammoniak
Kalkstickstoff
Kali 42%, Kainit
Thomasmehl
Otto Möbius, Bergwitz.

Jetzt
können Sie auch
mit Tinte durchschreiben!
Auskunft erteilt **Richard Arnold,** Buchhandlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0003

Männer und Frauen, besinnt Euch!

Folgt der Vernunft, nicht dem Schlagwort!

Auch Eure Stimme
braucht Hindenburg!

Folgt ihm, wie wir!

Wählt Deutsche Volkspartei Liste 5

(Dr. Cremer, Schmidtchen, Erbroth, Frau Witholz, Barthel)

Oeffentl. Volksversammlung!

Freitag abend 8 Uhr

spricht im **„Blauen Hecht"**

Herr Altekrüger aus Wittenberg

für **Liste 6** der

Deutschen Staatspartei.

Eintritt frei. Freie Aussprache.

Spitzenkandidat: Landeshauptmann Dr. Hübener.

Waschwannen, Badewannen, Brüh- und Fleischfässer

in jeder Größe und Form, aus Kiefern- und Eichenholz, sowie **Eimer**, prima Qualität und sauberste Verarbeitung, passend zu **Hochzeitsgeschenken**, hat laufend abzugeben

Leopold Tauscher, Böttchermeister, Schmiedeberger Str. 2

Große Wiener Modenwelt

Preis 2.— RM,

Wiener Modenspiegel

Preis 1,50 RM.

erhältlich bei **Richard Arnold**

Motorsport-Gemeinschaft Fläming-Aue im D.M.V.

Am **Sonntag, den 14. September**
im Schützenhaus zu Kemberg

1. Gautreffen

Nachmittags von 3 Uhr ab

Tanz mit Tombola und Geschicklichkeitsfahren

im **Schützenhaus-Saal.**

Abends von 7 Uhr an

öffentlicher Ball

Jazz-Kapelle **Verlosung**

Geschicklichkeitsfahren für alle Kraftfahrer. (Fahrzeuge und Betriebsstoff werden zur Verfügung gestellt.)

Um freundlichen Besuch bittet

Automobil- und Motorradklub Kemberg und Umgegend

Jeder Kraftfahrer ist herzlich willkommen!

Hotel „Blauer Hecht"

Sonntag, abends **8½** Uhr

Wieder ein erstklassiges Doppelprogramm.

1. Der große Wildwestfilm wie der „kleine David" den gefürchtesten Räuberhauptmann des Westens unschädlich machte.

Santa Fé, der Schrecken der Farmer.

„Little David", er reitet wie Tom Mix, springt wie Douglas Fairbanks und boxt wie Richard Talmadge.

2. Ein packender Kriminal- und Gesellschafts-Film

Die Flucht der Delia.

Ein Großfilm von seltenen Ausmaßen, Paris, die Stadt der Liebe — Indien — An Bord eines Ozeanriesen, das sind Schauplätze der bewegten Handlung. Ein Großfilm von seltenen Ausmaßen.

Morgen Donnerstag
empfehle von 2 Uhr ab
in feinster Qualität:

Windbeutel u. Schillerlocken
mit Schlagsahne
Cremeschnitte
Apfelstrudel
Plunderhörnchen
Obstkuchen

Sonnabends und Sonntags größte Auswahl

Ernst Wend
Bäckerei - Conditorei
Telefon 338

Alle Sorten

Brennholz

in Metern und ofenlang gesägt und einen großen Posten

gehacktes trockenes Brennholz

verkauft spottbillig

Otto Schütze, Holzhandlung
Kemberg, Gartenstr. 5, Tel. 345

Schlachte-Enten

und

junge Hähnchen

gibt ab **K. Mattheß,** Bäckerei

---

6 Morgen Stoppelklee

verpachtet, und einen

Pferdejungen,

der alle Arbeiten auf dem Felde verrichten kann, sucht

Scheibe, Pannigkau

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuck, Gold u. unechten Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten und Stiftzähne.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Kastanien

kauft jeden Posten **C. Fröhnel sen.**

Den neuesten Schlager

für nur 50 Pf. auf jedem Grammophon spielbar. **Neuheiten-Vertrieb. Wittenberg, Bachstraße 18.**

Vertreter gesucht.

Spielkarten

empfiehlt **Richard Arnold**

Café Irmer

Sonntag, den 17. Sept.

Ernte-Fest

Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Um gütigen Zuspruch bittet

E. Irmer

Kirchenchor Rotta

Am Freitag, den 12. September, abends 8 Uhr

Uebungsstunde

bei Gastwirt **Jahn**

Verwenden Sie es beim nächsten Mal.

wenn Sie wieder Waschtag haben. Sie werden hocherfreut sein, denn Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke Schwan, ist tatsächlich vorzüglich für alle Wäsche, für alle Abseifarbeiten in Küche und Haus. Der hohe Seifengehalt verleiht ihm eine ganz besondere Wasch- und Reinigungskraft.

Dr. Thompson's Seifenpulver

MARKE SCHWAN

ist wirklich gut, ist ausgiebig und sparsam im Gebrauch — das ist das Urteil seit fünfzig Jahren.

Zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche **Seifix** Paket 15 Pfg.

Der Stahlhelm

Einladung.

Der **Stahlhelm B. d. F.**, Gau Bitterfeld-Wittenberg veranstaltet am

Sonnabend, den 13. September 1930,

abends 8 Uhr im Hotel **Blauer Hecht** in **Kemberg** eine große

Kundgebung,

auf der der Gauführer Kamerad **Donnevert** sprechen wird über

„Stahlhelm und Reichstagswahl".

Die Kundgebung wird umrahmt von musikalischen Darbietungen der Pinkert'schen Stadtkapelle.

Eintritt frei!

Alle Wähler von Kemberg und Umgegend werden hierzu herzlichst eingeladen.

Die Stahlhelmortsgruppe Kemberg.

Der Handwerker, der Gewerbetreibende, der Kaufmann, der Hausbesitzer, der Landwirt,

der gesamte Mittelstand

wählt

nur die Liste 7

Wirtschaftspartei.

Bei ihr sind die Kandidaten aus unsern Reihen, die für uns eintreten.

1. **Gastwirt Kockel, Magdeburg**
2. **Fleischerobermeister Mangold, Halle**
3. **Bauunternehmer Hoffmann, Bitterfeld**
4. **Elektro-Ingenieur Eix, Naumburg**

Richtig Radio hören!

Praktische Anleitung zum Fernempfang, bearbeitet von Ing. O. Kappelmayer. **Preis 50 Pf.,** erhältlich bei

Richard Arnold, Leipziger Straße

Wer will am Wahltag fehlen, wenn über die deutsche Zukunft entschieden wird?

Wer will von Sonderinteressen reden, wenn es ums Ganze geht?

Erkennt den Ernst der Stunde!

Hinein in die Hindenburgfront!

Wählt Deutsche Volkspartei! Liste 5

(Dr. Cremer, Schmidtchen, Erbroth, Frau Witholz, Barthel)

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr 203.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 106 der „Kemberger Zeitung“

Donnerstag, den 11. September 1930.

Scheinbare Zollermäßigung.

Gegen die nordwestdeutsche Schweinemast.

Berlin, 10. September.

Die Verordnung über die Herabsetzung des Futtergerstenzolls auf 6 Mark für den Doppelzentner in Verbindung mit dem Bezug von Cosinroggen und Kartoffelflocken steht unmittelbar bevor. Der Bezug zollverbilligter Futtergerste wird an den Kauf der gleichen Menge von inländischen Futtermitteln geknüpft werden, die zu 75 Prozent aus Cosinroggen und zu 25 Prozent aus Kartoffelflocken zu bestehen haben und zusammen zum Preis von 200 Mark für die Tonne abgegeben werden sollen. Alleiniger Abgeber soll die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft sein.

Durch diese Regelung, die vom Reichsernährungsminister fälschlich ein Entgegenkommen gegenüber den berechtigten Forderungen der nordwestdeutschen Schweinemast genannt wird, wird sich der Futterpreis für die Tonne sage und schreibe 5 Mark billiger stellen, da die Tonne Auslandsgerste und Cosinroggen im Verhältnis 1 : 1 bisher 105 Mark für die Gerste und 75 Mark für den Roggen, insgesamt 180 Mark gekostet hat. Nach der Neuregelung, die in Wahrheit ein Geschenk an die Kartoffelflockenindustrie darstellt, wird die Tonne dieser Futtermischung unter Einschluß des physiologisch minderwertigen Teils von Kartoffelflocken 75 Mark für die Gerste und 100 Mark für den Rest kosten, also insgesamt 175 Mark.

Ein böses Mißverständnis . . .

. . . aber keine Gegenrevolution.

New York, 10 .September

Aus Buenos Aires liegen verläßliche Nachrichten über die Gründe vor, die den Anlaß zu Gerüchten über eine angebliche Gegenrevolution gaben. Ein überaus tragischer Irrtum ist die Ursache für eine wilde Schießerei gewesen, die zahlreiche Opfer gefordert hat.

Demonstrierende Studenten feuerten vom Hauptpostamt Freudenschüsse ab, die die Wache glauben ließen, eine Gegenrevolution sei im Gange. Sofort wurde ein lebhaftes Maschinengewehrfeuer eröffnet. Ein heilloser Wirrwarr entstand. Artillerie beschoß das Postamt, dessen Fassade schwer beschädigt wurde. Die im Regierungsgebäude untergebrachten Truppen feuerten in panischer Erregung auf die Menschenmenge. Zahlreiche Vorübergehende brachen tot zusammen. Der blutige Tumult dauerte mehr als zwei Stunden, bis dann endlich der verhängnisvolle Irrtum aufgeklärt werden konnte.

Irigoyen wieder verhaftet.

Irigoyen, der krank in den Baracken des 7. Infanterie-Regiments in Buenos Aires lag, ist wieder verhaftet worden. Diese Maßnahme ist auf die tragischen Vorgänge am Montag abend zurückzuführen. Während der Zusammenstöße wurden sechs Personen getötet und 50 verwundet.

Grund zu französischer Aufrüstung?

Die „deutsche“ Armee erfolgreich.

Der erste Teil der großen französischen Manöver in Lothringen ist beendet. Die blauen Truppen, theoretisch die einfallende deutsche Armee, haben trotz des schlechten Wetters ihren Vormarsch fortgesetzt und die roten Truppen auf der ganzen Linie gezwungen, ihre Stellungen zurückzunehmen. Die Roten hatten den größten Teil ihrer schweren Artillerie auf der Linie Arracourt—Bezanges—La Petite zusammengezogen, aber General Mittelhauser hatte ohne den Wettergott gerechnet, der durch wolkenbruchartigen Regen und starken Nebel jede Artilleriebeobachtung unmöglich machte und daher das Feuer so gut wie wirkungslos gestaltete.

Später gingen die blauen Truppen sodann zum Sturmangriff über, wobei sie von den Tanks (deutsche Armee mit Tanks?) wirksam unterstützt wurden. Arracourt wurde genommen und auch der rechte Flügel der Blauen drängte die Truppen des Generals Mittelhauser aus ihren Stellungen und ließ sie sich auf die Linie Mazerules—Moncel—Bezanges—La Grande—Juvelize—Gelucourt zurückziehen.

Für den zweiten Teil des Riesenmanövers, der nach dem sonntägigen Ruhetag am Montag begann, hat man dem Führer der Blauen, General Duffieux, einige Regimenter abgenommen, um sie den roten Truppen des Generals Mittelhauser zu geben. Die Roten werden nunmehr verhältnismäßig in der Uebermacht sein und sollen versuchen, die erlittenen Verluste wieder wettzumachen.

Ergötzliches aus Polen.

Abgeordnete sind „stinkende Kadaver“, sagt Pilsudski.

Warschau, 9. September.

Marschall Pilsudski hat in den Regierungsblättern wiederum ein Interview veröffentlicht, in dem er offenbar in einer besonderen Auffassung über die Wahlpropaganda für die Regierungspartei eine ungeheuer scharfe Kritik an dem Sejm und an früheren Abgeordneten übt, wobei er sich zu Ausfällen und Ausdrücken gegenüber den Abgeordneten hinreißen läßt, die nur von polnischen Verhältnissen aus gesehen verständlich scheinen.

So vergleicht Marschall Pilsudski in seinem Interview die Abgeordneten beispielsweise mit stinkenden Kadavern, die die Luft verpesten, die ihn, den Leiter der Regierung, in widerwärtiger Weise belästigen.

Die demoralisierte Bande ehemaliger Abgeordneter sei eines der häßlichsten Dinge im Staate, deren Lebensinhalt sei, Mandate zu besitzen und Geld zu erhalten und auf diese Weise ein nutzloses Dasein zu führen.

In der zweiten Hälfte seines Interviews gab der Marschall in der ihm eigenen Art eine Charakteristik der Abgeordneten, deren Bestreben seiner Meinung dahin gehe, im Sejm einen Staat im Staate zu schaffen und so auf Staatskosten ein stinkendes Parasitenleben zu führen. Viele von den Abgeordneten seien für ein Irrenhaus, wenn nicht gar für den Kerker reif. Sie leiden an Begriffsverwirrung. Mit der Feuerwehrspritze und kaltem Wasser könnte man sie vielleicht noch zur Besinnung bringen.

*

Ohne zur Form und zum Inhalt des Interviews Stellung zu nehmen, sei hierbei auf eine Frage hingewiesen, die sich beim Studium derartiger Interviews von selber aufdrängte und Antwort erheischte: Welche Gründe haben den Marschall davon abgehalten, in den Jahren, in denen er die Macht in Polen inne hatte, Uebelstände abzuhelfen und an deren Stelle Besseres zu setzen. Das betrifft vor allen Dingen die im obigen Interview angegriffene Wahlordnung und nicht zuletzt auch die polnische Staatsverfassung, oder wie sie in Polen genannt wird, „Konstitution“, die Marschall Pilsudski im vorliegenden Falle in „Prostitution“ zu verbessern beliebte.

Der neue Vizekönig von Indien.
Der ehemalige Oberkommissar für Palästina, Sir Herbert Samuel, wird als Nachfolger Lord Irwing zum Vizekönig von Indien ernannt werden.

Rechtsbrüche im Memelgebiet.

Wahlbeeinflussung zugunsten Litauens.

Memel, 10. September.

Trotz der Beschwerde der Memelländer in Genf setzt die litauische Regierung ihre Uebergriffe gegen das Autonomiestatut fort. Vor allem soll die Wahl zum memelländischen Landtag, die am 10. Oktober stattfindet, im litauischen Sinne beeinflußt werden.

Im Amtsblatt des Memelgebiets ist eine Anweisung für die Wahlkreiskommission erschienen, in der auch allen aus Litauen zugezogenen großlitauischen Staatsangehörigen das Wahlrecht zum memelländischen Landtag zugestanden wird, falls sie einen Antrag auf Einbürgerung gestellt haben. Nach dem Memelstatut sind aber nur Bürger des Memelgebiets wahlberechtigt. Es handelt sich also um einen glatten Bruch des Statuts, gegen den die memelländischen Parteien schärfsten Protest erhoben haben. Auch hat die Wahlkreiskommission, die fast ausschließlich aus Litauern besteht, eigenmächtige Abänderungen des Wahlgesetzes vorgenommen, durch die den litauischen Parteien mehr Stimmen zugeführt werden sollen. Berücksichtigt man noch, daß die Wahlen unter dem Kriegszustand und einer rüschischlos gehandhabten Pressezensur durchgeführt werden müssen, so kann man kaum noch von einer freien Meinungsäußerung der Memelländer sprechen

Aus Nah und Fern.

Berlin. Ein Wohlfahrtsschwindler. Im Bezirk Kreuzberg ist wieder ein Wohlfahrtsschwindler aufgetaucht. Es handelt sich um einen etwa 30 Jahre alten großen blonden Mann, der eine Unterstützungsempfängerin aufsuchte unter der Vorspiegelung, von der Fürsorgestelle Wilhelmstraße geschickt zu sein. Zum Schluß forderte der Schwindler einen Kostenvorschuß von neun Rm. Auf die Vorstellungen der Frau ging er auf 3,15 Rm. herunter. In ihrer Angst zahlte die Frau diesen Betrag. Der Schwindler stellte eine Quittung aus und ließ von der Frau die von ihm gemachten Notizen unterschreiben.

Berlin. Giftdiebstahl in einer Berliner Apotheke. Ein unheimlicher Einbruch wurde in einer Apotheke im Norden Berlins verübt. Von der Hofseite aus drangen Einbrecher durch ein Fenster in die Apotheke ein und entwendeten aus dem Giftschrank die gefährlichsten Gifte, in der Hauptsache Zyankali, Sublimat und Arsen. Den Verbrechern scheint nur an den stark wirkenden Giften gelegen zu haben. Seltsam ist auch die Tatsache, daß die Einbrecher nicht etwa die Behältnisse mit den vorhandenen Giftmengen an sich genommen haben, sondern von jedem Gift nur einen Teil entwendeten. Der Schrank mit den Rauschgiften blieb unberührt.

Wittenberge. Kochlehrling verübt Selbstmord. Auf der Berlin-Hamburger Strecke in der Nähe von Kuhlenfeld fand man die Leiche eines 19jährigen Mädchens, das als Kochlehrling auf dem Gute Banzin des Ministerpräsidenten Eschenburg beschäftigt war. Das Mädchen, ein Fräulein Schmidt aus Boizenburg, hatte sich vor den Zug geworfen und war überfahren worden. Es hatte seine Arbeitsstätte mit dem Bemerken verlassen, daß ihr die Arbeit zu schwer sei.

Bremen. Neues deutsches Erdölgelände. Wie bekannt wird, ist die Bremer Erdöl A.G. Bremen auf ihrer Bohrung Hademstorf II etwas unterhalb des Erdölfeldes von Wietze an der Aller auf Erdöl gestoßen. Der bekannte Geologe Professor Dr. Stoller von der Preußischen Geologischen Landesanstalt Berlin, der im Verein mit Professor Dr. Bentz die geologischen Vorarbeiten für die Bohrung leitete, äußerte sich dahin, daß die Erdöl führenden Schichten hier ähnlich liegen wie bei anderen deutschen Erdölgebieten in der unteren Kreide. Eine Untersuchung der Wehrkerne hat einen großen Oelgehalt der jetzt angeschlagenen Schächte ergeben. Es handelt sich bei dem Hademstorfer Gebiet um die Erschließung eines neuen sehr wichtigen deutschen Oelfeldes.

Breslau. Selbstmord eines Breslauer Arztes. Der 51jährige Arzt Dr. Kache wurde in seiner Wohnung tot aufgefunden. Dr. Kache hat aus wirtschaft-

Auf schwankem Grund.

Roman von H. Abt.

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten)

Ein leiser Flimmer war in Raßmus' Blick, ein heimliches Warten belauerte jede Miene des anderen. Und da kam's richtig:

„Herr Bauunternehmer, ich muß Ihnen eine Mitteilung machen.“

Eine sekundenlange Pause und dann ein kurzes:

„Nun?“

„An dem Mittelbau tragen die Grundmauern nicht.“

Es gab einen Ruck. Raßmus hatte die Füße zusammengerissen, stellte sich in Positur:

„Was trägt nicht?“

„An dem mittleren Hause tragen die Fundamentmauern den Aufbau nicht.“

Im nächsten Augenblick hatte Raßmus die Tür aufgestoßen, deutete mit der Hand hinaus — —

„Dort drüben der Bau? Soviel ich sehen kann, steht der fest und sicher da.“

„Er steht nicht sicher. Sobald die Zimmerarbeiten beginnen und das Dach aufgesetzt wird, bricht er zusammen.“

Aus Raßmus' Kehle stieg ein pfeifender Atemzug. Dann sagte er eisig:

„So lassen Sie es brechen — auf meine Verantwortung.“

Er hob den Fuß, als wolle er zur Bude hinaus, aber der Polier vertrat ihm den Weg.

„Herr Bauunternehmer, ich bin meiner Sache sicher, Wollen Sie meine Angaben ignorieren, würde ich mich verpflichtet sehen, Anzeige zu erstatten.“

„Mensch!“ — An der Brust hielt Raßmus den Polier gepackt. Er fand kein anderes Wort, als nur noch einmal das keuchende: „Mensch —“

Jansen wahrte seine eiserne Ruhe. Die wilde Erregung des andern zerstieß sich daran. Seine Hand zog sich zurück, er trat von der Tür wieder zum Tisch hinüber. Dort stemmte er beide Fäuste auf. Ein paarmal setzte er zum Reden an und sagte dann so ziemlich in seiner üblichen Sprechweise:

„Jetzt klar heraus: was soll das alles heißen? Wie kommen Sie dazu, die Solidität eines Baues anzuzweifeln, der nicht von Ihnen geleitet wurde?“

„Eben darum. Ich wußte längst, daß die Fundierung nichts taugt. Darum erklärte ich mich auch damit einverstanden, daß zum Aufmauern nur ganz leichtes Material genommen wurde. Aber ich wußte nicht, wie widerstandslos die ganze Basis ist. Seit ein paar Tagen weiß ich's. Ich war nach Feierabend noch allein im Bau, da hörte ich auf einmal in den Mauern so was wie einen singenden Ton. Als Lehrling bin ich einmal mit knapper Not mit dem Leben davongekommen, als ein Neubau einstürzte, seitdem weiß ich's, was die singenden Mauern bedeuten.“

„Sie phantasieren, Jansen,“ sagte Felix Raßmus verächtlich. Aber er konnte es nicht hindern, daß ein Frösteln durch ihn hinging.

„Ich phantasiere nicht. Und um ganz sicher zu gehen, habe ich Untersuchungen angestellt.“

„Heimlich und auf eigene Faust? Ohne mir beim ersten Bedenken, das Ihnen kam, Mitteilung zu machen, wie es Ihre Pflicht gewesen wäre? Warum haben Sie das unterlassen?“

„Weil ich Ihren Optimismus kannte, Herr Bauunternehmer.“

Die Platte des Tisches krachte unter den packenden Fäusten. Nur sich festhalten mit aller Gewalt, daß er sich nicht auf den warf, der da vor ihm stand. Vor ihm stand mit der eisernen Stirn, mit dem Blick, der stumm zu ihm sprach: Weil ich deinen Leichtsinn kenne, deine Leichtfertigkeit. Weil du in meinen Augen nicht nur ein Leichtfertiger bist, der skrupellos einzig und allein dem mühelosen Gewinn nachjagt, sondern weil du mir als ein Betrüger gilst!

Felix Raßmus war aschfahl geworden. Dabei schlug ihm das Blut wie ein brausender Feuerstrom gegen das Hirn. Und über all die stummen Worte, die er aus dem andern heraushörte, klang das eine gesprochene: „Herr Bauunternehmer.“ Er wußt's ja auch, was dahinter redete: Der Maurerpolier nahm den Architekten nicht für voll — fand ihn villeicht des Titels nicht für würdig.

Wenigstens ein Wort, an dem er den andern packen, auf das er sich stürzen konnte.

„Ich bin Architekt, das merken Sie sich. Und im übrigen nehmen Sie Ihre Zunge in acht.“

Der Polier zuckte nicht mit der Wimper.

„Als Architekt werden Sie am besten wissen, daß ich nichts weiter tue, als meine Pflicht.“

Sekundenlang blieb es grabesstill. Dann sagte Raßmus kurz, mit abgehackten Worten:

„Auf Ihre bloßen Angaben hin kann ich mir keine eigene Meinung bilden. Meiner Ansicht nach ist bei dem Bau nicht das mindeste versehen. Sollte sich aber doch eine noch etwas größere Tragfähigkeit wünschenswert machen, so könnten ein paar eiserne Stützen —“

„Mit eisernen Trägern ist hier nichts geschafft.“ fiel Jansen ein. „Die ganzen Grundmauern müßten vertieft und verbreitert und durch Gewölbepfeiler —“

Jetzt schnitt ihm Raßmus das Wort ab:

„Möchten Sie nicht lieber gleich den ganzen Bau niederreißen?“

„Wenn es nach mir ginge — ja!“

Nur ein schnödes Gelächter war die Antwort. Sich herumdrehend, wollte Raßmus wieder zur Tür. Doch abermals schob sich ihm die breitschulterige Gestalt des Poliers in den Weg.

„Herr Architekt,“ jetzt betonte er scharf den Titel, „heute haben wir Sonnabend. Wenn Sie nicht selbst Verfügungen treffen, die ausreichendste Sicherung bieten, so lasse ich am Montag an dem Mittelbau die Maurerarbeit einstellen.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0005

lichen Sorgen Selbstmord verübt. Er befestigte an der Decke der Wohnung eine Schlinge, legte den Kopf hinein und jagte sich hierauf eine Kugel in den Kopf.

Schneidemühl. Vierjähriges Kind überfahren und getötet. In Radawnitz wurde von einem Lastauto ein vierjähriges Kind überfahren und auf der Stelle getötet. Ob ein Verschulden des Fahrers vorliegt, konnte noch nicht ermittelt werden.

Limburg (Lahn). Zuchthausstrafe für einen untreuen Bürgermeister. Das Limburger Schöffengericht verurteilte den Bürgermeister Guckelsberger aus Hausen Kreis Limburg wegen fortgesetzter Unterschlagungen im Amte in Verbindung mit Urkundenfälschung zu 1½ Jahren Zuchthaus, 400 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Guckelsberger hatte, um die ihn drückende Schuldenlast zu vermindern, im Laufe der letzten Jahre Gemeindegelder, darunter Wohlfahrtsunterstützungen, im Betrage von etwa 6000 Mark sich angeeignet.

Kowno. Der vermißte Professor Gneschin tot aufgefunden. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der russische Professor Gneschin, der auf einer botanischen Expedition in Sibirien vermißt wurde, tot aufgefunden worden. Professor Gneschin ist von einem Felsen abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden.

Krawall im Münchener Stadtrat.

München, 10. September. Im Münchener Stadtrat kam es am Dienstag zu stürmischen Auftritten. Als am Schluß der Sitzung der nationalsozialistische Führer Esser eine Erklärung abgab, verließen fast alle Stadträte mit Ausnahme der Nationalsozialisten den Saal. Esser wandte sich aufs schärfste gegen den Münchener Polizeipräsidenten wegen seiner Wahlsicherungsmaßnahmen. Als er anfing, eine Rede an die Galeriebesucher zu halten, rief ihn der Oberbürgermeister zur Ordnung und entzog ihm das Wort. Unter dem Beifall der Tribünenbesucher rief Esser: „Nieder mit dem Polizeipräsidenten!" Der Oberbürgermeister schloß schließlich die Sitzung und ordnete die Räumung der Tribüne an. Die Besucher entfernten sich jedoch freiwillig. Der Oberbürgermeister erklärte: „Es ist ein Skandal!"

Tankdampfer und acht Segler verbrannt.

London, 10. September. Wie aus Athen zu dem großen Schadenfeuer im Hafen von Piräus ergänzend gemeldet wird, sind auch der griechische Tankdampfer „Maria Maica" und acht Segelschiffe verbrannt.

Die Goldene A.V.D.-Medaille für Gronau.

Der Repräsentanten-Ausschuß des Automobilklubs von Deutschland hat beschlossen, dem Ozeanflieger von Gronau die Goldene A.V.D.-Medaille zu verleihen, die für besondere bisher nicht vollführte Leistungen auf dem Gebiete des Motorwesens gestiftet ist.

Jetzt können Sie auch mit Tinte durchschreiben

Erhältlich bei:

Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Str.

Ueberflüssige Fragen.

Wenn viele Menschen wüßten, wie überflüssig ein Teil ihrer Fragen ist, wie oft sie sich damit lächerlich machten, sie würden schwören, niemals in ihrem Leben wieder jemand mit Fragen zu behelligen. Mildernd ist lediglich der Umstand, daß es vielleicht unbewußt geschieht, daß man vielfach bloß etwas fragt, um überhaupt etwas zu sagen. Aber man soll sich eben zusammen nehmen, sollte die unnützen Fragen genau so unterdrücken wie ein falsches „mir" oder „mich". Irgend einer hat unlängst vorgeschlagen, man sollte die überflüssigen Fragen besteuern und die Reichskassen wären mit einem Schlage saniert! Ich glaube, diese Meinung ist richtig, nur ist sie in der Praxis leider nicht ohne weiteres zu verwirklichen. Ist es denn nicht geradezu unsinnig, was wir manchmal alles zusammenfragen? Beispiel: Ein Freund betritt mit triefend nassem Regenschirm unser Haus und wir fragen ihn: „Es regnet wohl schon wieder?" Oder ein anderer liegt mit Kompressen auf den Kopf im Bette und unsere Frage lautet: „Sind Sie krank?" Es gibt auch Leute, die aus purer Angewohnheit fragen, nur um andere Leute mit Antworten zu beschäftigen. So erlebt man beispielsweise an der Straßenbahnhaltestelle, daß Leute den Schaffner nach irgend einer Station fragen, obgleich sie es genau wissen, daß die Bahn nach der entgegengesetzten Richtung fährt. Wenn sie es aber nicht wissen, dann ist die Fragerei auch überflüssig, denn es steht ja überall dran, wo die Bahn hinfährt. Oder: Auf der Chaussee steht ein Auto, das beim besten Willen nicht weiter kann. Monteure und Führer machen sich daran zu schaffen, um den Schaden zu beheben und plötzlich taucht irgend ein Grünspecht auf und erkundigt sich: „Haben Sie eine Panne?" Mit derlei Fragen bekundet man kein Interesse und kein Mitgefühl, sondern man reizt den Gefragten, der schließlich mit einer ebenso dummen Antwort erwidert. Ein Sprichwort sagt: „Wer viel fragt, kriegt viel Antwort!" Dieses Sprichwort besagt nicht, daß man überhaupt nicht fragen soll, selbst wenn es angebracht ist, sondern es besagt vielmehr, daß man das überflüssige viele Fragen lassen soll, um nicht eine mehr oder minder geistreiche Antwort als Quittung zu erhalten!

Bestellungen auf alle Zeitschriften

nimmt entgegen **Richard Arnold,** Buchhandlung

Landwirtschaftliches.

◇ **Obstbaumschutz.** Im Monat September muß man die Insektenfanggürtel öfters nachsehen und am Monatsschluß am besten abnehmen, weil sich auch nützliche Tiere darin fangen, die hier eine Ueberwinterungsgelegenheit suchten. Beim Kernobst tritt seit einigen Jahren die Phytophthorafäule als neue Krankheit auf. Sie hat Aehnlichkeit mit der Moniliafäule, doch sieht man auf dem Baum noch keine Sporenpolster. Später, im feuchten Lagerraum wächst dann ein stockiger Schimmel hervor, der die Frucht zuletzt vollständig einhüllt. Man sammle solche Früchte bereits am Baum und verbrenne sie. In den Vorratskammern muß man alte Lappen an die Wände nageln, damit sich die Obstmaden darinnen fangen. Im Herbst sind manche Obstbäume so benagt, daß sie wie skelettiert aussehen. Das ist das Werk einer einer Blattwespenlarve, die sich im Spätherbst in der Erde verpuppt. Zerdrücken, Spritzen mit Harzölseife und tiefes Umgraben stellen die Gegenmittel dar. Die Goldafterraupen sammeln sich jetzt schon in der Krone, um die bekannten großen Raupennester zu spinnen. Man vernichte sie also bei dieser ersten Gelegenheit. Auch die Ringelspinner legen vom September ab ihre Eier um dünnere Zweige.

Richtiges Erdbeerpflanzen.

(Mit 4 Abbildungen.) (Nachdruck verboten.)

Das Pflanzen der Erdbeeren soll in der Zeit von Mitte August bis Mitte September (auf keinen Fall später!) erfolgen, damit die Stöcke beim Eintritt des Winters gut anwach-

1.

1. Richtig gepflanzt; 2. Zu hoch gepflanzt.

2

sen und widerstandsfähig werden. Man pflanze nicht aus falsch angebrachter Raumausnutzung zu eng. Die reiches Blattwerk und viele Blütendolden treibende Pflanze braucht zu ihrer Entwicklung Platz, Luft und Sonne. Man lege die Beete nicht zu breit an, damit man beim Gießen, Hacken und Jäten bequem hantieren kann. Auf jedes ungefähr 1¼ Meter breite Beet kommen drei Reihen Pflanzen in Abständen von 40 Zentimetern nach allen Seiten. Das Pflanzloch soll genügend tief sein, damit die Wurzeln senkrecht zu stehen kommen. Man achte beim Pflanzen auf die richtige Höhe und pflanze nicht zu hoch und nicht zu tief. Die

3.

3. Zu tief gepflanzt; 4. Pflanzloch nicht tief genug, daher gedrückte Wurzeln.

4.

Bilder zeigen deutlich die Hauptfehler. Man benutze bei der Neuanlage von Erdbeerbeeten nur kräftige, gut bewurzelte Pflanzen oder Ausläufer. Die Erde ist mittels des Pflanzholzes fest an die Wurzeln zu drücken, damit keine Hohlräume entstehen. Neben dem Pflanzloch sticht man ein zweites, möglichst tiefes Loch, das man nach beendetem Pflanzen bis oben mit Wasser füllt. Vor Eintritt des Winters werden die Beete zum Schutze gegen Frost mit Dünger bedeckt, aber so, daß die Herzblätter frei bleiben. Im Frühjahr entfernt man die Schutzdecke von den Pflanzen und lockert die Krume leicht mit dem Häckchen.

Auf schwankem Grund.

Roman von H. Abt.

22. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie standen schweigend Auge in Auge. Es war doch wohl ernsthaft. Ernsthafter, als er glauben wollte, und Raßmus mußte sich zu dem Zugeständnis bequemen:

„Ich werde selbst untersuchen, und was sich als erforderlich herausstellt, wird natürlich geschehen."

Der Polier stand noch immer breit und fest vor ihm.

„Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen, Herr Architekt. Die Untersuchung ist nicht so schnell abgetan und die Bauarbeiter brauchen nicht mehr davon zu merken, als unbedingt nötig ist. Morgen ist Sonntag, da stelle ich mich Ihnen von Tagesanbruch an zur Verfügung."

Klang das nicht beinahe nach — Rücksicht? Oder war's nur eine verstärkte Nötigung, bei der Untersuchung keinen Optimismus walten zu lassen?

Raßmus zerrte die Lippe zwischen die Zähne, dann sagte er schroff: „Seien Sie also morgen früh gegen 8 Uhr hier."

Nun gab ihm Jansen die Tür frei. Er ging hinaus, machte ein paar Schritte zu den Bauten hinüber, schwenkte wieder scharf ab und nahm den Weg zu seiner Wohnung zurück. Kaum war er droben in dem behaglichen Junggesellenheim, hätte er wieder fortgemocht. Eine Unruhe war in ihm, die ihn von einem Fleck zum anderen trieb. Und neben der Unruhe eine stille Wut. Dieser Kerl, der Jansen! Es war ihm, als habe er aus rein persönlicher Niedertracht gegen ihn diese ganze Entdeckung ausgeschnüffelt. Natürlich war an der ganzen Sache nichts, oder der Kerl übertrieb zum mindesten ganz schauderhaft! Und wenn er nicht übertrieb? Wenn's stimmte mit seinen Angaben?

Die singenden Mauern — der stürzende Bau — Blech, sich wichtig machen wollte der Kerl, hatte vielleicht auch eine Lohnsteigerung vor.

Und wenn's doch stimmte?! Er starrte auf den Zeichentisch hinab, der vor einem Fenster stand, stieß Reißzeug, Lineale und Winkelmaß durcheinander. Dann konnte er nur einpacken mit all den schönen Entwürfen seines zukünftigen Ehrgeizes, die er sich hier in seinen Mußestunden zusammenzeichnete. Dann konnte er überhaupt einpacken. Kamen bei seinem ersten Unternehmen Schwierigkeiten vor, wurde was von unsolider Bauart ruchbar, dann war er nicht nur mit seinen Häusern der Geleimte, dann konnte seine ganze Zukunft als Baumeister daran verkrachen. Und das alles, weil der Lump der Polier —

Wenn er aber doch recht hätte?

Er lief im Zimmer hin und her, stieß die Möbel aus dem Wege und stand, auf einmal ruhig geworden, da. Abwarten, was sich morgen herausstellte. Irgendwo würde es ja wohl nicht in Ordnung sein und irgendwas würde geschehen müssen. An Kopf und Kragen würde es ja nicht gleich gehen. Abwarten bis morgen!

Es war Sonntag geworden. In aller Frühe fuhr Raßmus zum Bau hinaus. Während er dort aus der Droschke sprang, sah er vor dem Mittelbau den Polier wie eine Schildwache auf und ab gehen. Er trat zu ihm hin, sie wechselten einen Gruß und gingen in den Bau hinein. Jansen übernahm die Führung, schweigend folgte Raßmus ihm nach. Er war ziemlich mit sich ins reine gekommen, bis zu welchen Zugeständnissen er sich im Nottalle bereit erklären würde. Darüber hinaus ging er nicht, das stand in ihm fest.

Stundenlang dauerte die Untersuchung. Es ging auf Mittag, als sie aus dem Unterbau wieder heraufstiegen. Raßmus strich sich die Erdspuren von seinem Anzug, streifte die Handschuhe über und sagte dann:

„Zugegeben, daß eine etwas größere Sicherung nichts schaden könne, würde also die entsprechende Anzahl eiserner Träger noch hinzugefügt werden müssen. Die Bestellung dafür werde ich heute noch aufgeben."

Die gedrungene Gestalt des Maurerpoliers schien zu wachsen.

„Und das wäre alles, Herr Architekt?"

Er sprach langsam und schwer, Wort für Wort.

„Das ist alles."

„Dann muß ich für meine Person vom Bau zurücktreten."

„Wie es ihnen beliebt. Aber vielleicht überlegen Sie sich's noch bis morgen, was sie müssen oder nicht müssen. Den Bescheid darüber lassen Sie mich wohl Montag mittag in meiner Wohnung wissen — guten Morgen!"

Er ging im Marschschritt davon, den Spazierstock steif wie einen Degen gegen die Hüfte gedrückt. Es war ihm, als stehe er im Begriff, eine Schlacht zu gewinnen. Ob mit dem Sieg auch das Recht auf seiner Seite war? Natürlich war das Recht auf seiner Seite. Eine Sache, von deren Notwendigkeit er nicht selber durchdrungen war, kam als Rechtsfrage für ihn überhaupt nicht in Betracht. Mochte sich der Polier bis morgen an Bleiben oder Nichtbleiben die Zähne ausbeißen und kam er mit der Kündigung, desto besser. Vor ernstlichen Unannehmlichkeiten, die ihm Jansen bereiten konnte, hatte Felix Raßmus nach den Zugeständnissen, zu denen er sich bequemt, keine Bange mehr. „Nach Pflicht und Gewissen" — hieß in diesem Falle nach persönlicher Ueberzeugung.

Er aß in seinem Restaurant zu Mittag, trank, um einen letzten Rest innerlichen Unbehagens los zu werden, eine schwerere Weinsorte als gewöhnlich, kam mit etwas müdem Kopf nach Hause, hielt gegen seine Gewohnheit einen ausgiebigen Verdauungsschlummer und wachte auf, frisch und neubelebt.

Er dachte an Edith mit einem ganz besonders zärtlichen Gefühl. Allerlei holde Züge von ihr fielen ihm ein und sehnsüchtig drängte es ihn hin zu ihr. Dabei hatte er ein unklares Empfinden, als müsse er irgend etwas gut machen, ihr irgend etwas hinweglöschen.

Ein paar auserwählt schöne Rosen in der Hand, eilte er die Vorstufen des Hauses hinan, in dem sie wohnte. Den Türflügel stieß er auf und wich mit einem schreckten: „O — Verzeihung" wieder zurück. (F. f.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0006

Landvolk-Nachrichten

Für Glaube und Heimat — Für Volk und Vaterland

Für freien Mann auf freier Scholle.

Donnerstag, den 11. September 1930.

Reichsminister Dr. h. c. Schiele:

Schließt die Reihen!

Nachdem die große Koalition an der Unfähigkeit gescheitert war, die dringlichsten Aufgaben der Gegenwart zu meistern, ergriff der Reichspräsident im Bewußtsein seiner staatspolitischen Verantwortlichkeit persönlich die Initiative und berief eine Regierung, die sich unabhängig von Parteibindungen nur den großen Aufgaben verantwortlich fühlen sollte, die es vordringlich zu lösen galt: der Sanierung der Finanzen, der Rettung der Landwirtschaft und des Ostens.

Wer wie ich der Ueberzeugung ist, daß wir nur durch persönliche verantwortungsbewußte Mitarbeit im Staat unsere wirtschaftlichen, sozialen, staats- und nationalpolitischen Ziele erreichen können, der durfte sich dem Rufe des Reichspräsidenten nicht versagen. Die Uebernahme des Reichsernährungsministeriums war daher für mich angesichts der verzweifelten Lage der Landwirtschaft und des Ostens ein Gebot der Pflicht, zumal die weitgehende sachliche Zustimmung des Kabinetts zu den von mir geplanten dringendsten Agrar- und Osthilfemaßnahmen vorlag und die Bereitstellung aller verfassungsmäßigen Mittel zu ihrer politischen Durchsetzung gesichert war. Solange und soweit diese Voraussetzungen gegeben sind, habe ich im Dienste der Landwirtschaft und des Ostens auf diesem Posten auszuharren.

Über wichtige agrarpolitische Fortschritte und mannigfaltige finanzpolitische Klippen hinweg ging der Lauf der politischen Entwicklung den 18. Juli entgegen, wo das Staatsschiff kurz vor dem rettenden Nothafen — der Vollendung der Osthilfe und der Wiedergewinnung der finanziellen Bewegungsfreiheit — im Reichstage an der politischen Unvernunft derjenigen strandete, die zur Mitwirkung an den von Hindenburg der Regierung gestellten Aufgaben besonders berufen gewesen wären. Der Reichspräsident war aus Gründen der Staatsraison und aus eigenstem persönlichen Verantwortungsgefühl entschlossen, sich gegen die Verantwortungsscheu des Parlaments durchzusetzen. Marxisten und radikale Gruppen auf der Rechten fielen ihm dabei in den Arm. Damit wuchsen die Meinungsunterschiede über die politischen Methoden im Lager der Rechten zu einer unüberbrückbaren Kluft in den staatspolitischen Grundauffassungen.

Der Austritt aus der Deutschnationalen Partei war damit für mich und meine Gesinnungsfreunde zu einer schmerzlichen, aber unerläßlichen Selbstverständlichkeit geworden.

Geben wir uns keinem Zweifel darüber hin: weiteste Kreise des Landvolkes drohen aus Verzweiflung dem Radikalismus in die Hände zu fallen — für einen vielleicht noch größeren Teil besteht sogar die Gefahr, daß er erschüttert im Glauben an die Partei, der er 10 Jahre die Treue gehalten hatte, enttäuscht, hoffnungslos und kampfesmüde die politische Wahlstatt verläßt — und damit — ohne es zu wollen — seinen politischen Gegnern zum Siege im politischen Machtkampf verhilft.

Das Landvolk ist die Kerntruppe der konservativen, bodenständigen und staatserhaltenden Volkskräfte überhaupt. Stellt sich das Landvolk straff organisiert mitten hinein in der Front der Sammlung der großen Rechten, so erfüllt es damit seine naturgegebene Berufung zu staatspolitischer Führung. Nicht klassenkämpferischer Berufsegoismus, nicht falsches Streben, das zur politischen Isolierung führt, sondern der unerschütterliche Glaube an die staatspolitische Mission des Landvolkes machen es seinen Führern zum Gebot der Stunde, alle Kräfte des Landes auf der berufsständisch-politischen Grundlage zu sammeln.

Deshalb der Appell an meine Berufsgenossen: Sammelt euch um das grüne Banner der deutschen Landvolkbewegung — der deutsche Bauer marschiert im Kampfe um seine Scholle, um den gebührenden Einfluß im Staat und um die Freiheit seines Vaterlandes.

Wählt Liste 10!

Vertraut der eigenen Kraft!

Das Landvolk wird zum ersten Mal im ganzen Deutschen Reiche geschlossen zur Wahl gerufen. Es soll nicht den oder jenen Parteien, die meist erst in Wahlzeiten ihr landwirtschaftsfreundliches Herz entdecken, seine Stimme geben, sondern Landvollisten wählen, die seinen Namen tragen und seine Kandidaten nennen. Aber nicht der Bauer allein wird dazu aufgerufen, sondern jeder, der sich zum Landvolk zählt, mit ihm verbunden ist, ihm entstammt, in ihm die Kraftquelle der nationalen Erneuerung und die sicherste Gewähr für den nationalen Bestand sieht.

Nicht enge Berufsinteressen, wie es die gegnerische Agitation hinzustellen beliebt, um vor allem den bodenverbundenen Städter vom Landvolk fernzuhalten, haben die Landvolkbewegung ins Leben gerufen und sie immer mehr erstarken lassen, sondern die Erkenntnis, daß er erste Stand des Staates in der Not der Zeit zu zerbrechen droht.

Den letzten und äußersten Rückhalt kann dem ganzen national gesinnten Deutschland im Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit nur das in seiner Existenz gesicherte, in sich gefestigte und geschlossene Landvolk bieten, das von dem Boden nicht weicht, den es aus Urväterzeiten her besitzt und auf dem die Geschlechter groß geworden sind, die mit deutscher Wirtschaft und Kultur die deutsche Fahne in die Welt hinaus und zu großem Ansehen emporgetragen haben. Verfällt aber der Bauernstand und mit ihm alles das, was aus ihm Kraft und Sicherheit der Existenz zieht, so ist die Nation zum Sterben verurteilt.

Mit der Revolution hat die Großstadt über das Land gesiegt. Seitdem herrscht ein Geist über uns, den die so viel geschmähte Provinz in Berlin verkörpert sieht und der der Reichshauptstadt Ablehnung bis zur Feindschaft eingetragen hat. Die aufgeblähte Großstadt droht uns den Lebensatem zu nehmen, und dagegen wehren wir uns mit allen Kräften. Sie ist die Pflanzstätte des Marxismus und des Kulturbolschewismus, die bis in die letzten Dörfer vorzudringen suchen. Auch die aus Heimat und Scholle gewachsene Kultur der alten Städte mit seßhaftem Bürgertum ist davon aufs äußerste bedroht. So steht alles auf dem Spiel, was wir als Volk durch die Jahrhunderte geleistet haben. Wir verteidigen die Errungenschaften der Nation, die Arbeit unzähliger Generationen gegen „Errungenschaften" der Revolution, die einst so laut gepriesen wurden und die sich, je länger, desto deutlicher, als Vorspiegelung falscher Tatsachen zeigten. Wir lassen uns auch durch anders gefärbte revolutionäre Parolen, wie sie etwa der Nationalsozialismus ausstreut, nicht irreführen.

Wir wissen, daß uns im Kleinen und im Großen nur die Arbeit vorwärtsbringen kann. Wer so tief in Not und Elend sitzt wie wir, vergeudet seine Zeit nicht in phantastischen Träumereien, sondern sucht Schritt für Schritt neuen Boden in der Wirklichkeit des Lebens zu gewinnen. Das Landvolk kämpft um sein Lebensrecht. In Staat, Wirtschaft und Kultur ringt es um die Stellung und den Einfluß, der ihm gebührt. Es ist sich des Ernstes der Lage, in der wir alle stehen, bewußt, und wird sich selbst und damit die bleibenden Güter der Nation mit der Zähigkeit verteidigen, die ihm eigen ist. Mit der gleichen Zähigkeit wird das Landvolk verantwortungsbewußt an dem Neuaufbau des Staates mitarbeiten. Darum kämpft es auch in diesem Wahlkampf.

Die Einigung des Landvolkes in der großen Landvolkbewegung, die über die Parteipolitik unserer Tage hinausgreift, ist der erste Erfolg, den es schon erreicht hat. Das gilt besonders für unsere Heimat. Hier stehen der alte konservative, um das Landvolk hochverdiente Reichsernährungsminister Schiele und der wohlbekannte langjährige, ehemals deutschnationale Politiker Hemeter neben dem in zähem politischen Kampf bewährten Führer der jungen Generation Dr. Gereke, durch dessen gradlinige Politik die Landvolkbewegung den großen Aufschwung genommen hat, der sie heute befähigt, das Landvolk zusammenzufassen zu einem einigen, starken, unerschütterlichen Block.

Kann es überhaupt noch eine Frage bei der Wahl geben? Die Entscheidung ist schon gefallen. Sie wird durch die Stimmabgabe am 14. September nur ihre endgültige Bestätigung finden. Für die kommende große Reaktion, für den konservativen Wiederaufbau des Staates, für den gebührenden Einfluß des bodenständigen Elementes setzt sich das Landvolk ein, das geschlossen wählt

die Landvolkliste Nr. 10!

Dr. Gereke:

Sammlung!

Schon vor einem Jahre habe ich auf die verhängnisvolle Entwicklung hingewiesen, die unser politisches Leben nehmen muß, wenn es nicht rechtzeitig gelingt, die positiven Kräfte der Nation mobil zu machen gegen den Auflösungsprozeß, der sich allenthalben vollzieht, und sie dagegen in Front zu bringen. Das war der Hauptgrund, warum ich meine Politik einstellte auf eine Sammlung des Landvolkes, auf eine Blockbildung, die den Bauern fähig macht, den Gefahren zu begegnen, die ihm aus einer revolutionären Bewegung drohen, die erst nach Niederreißung alles noch Bestehenden Neues aufbauen will.

Diese Sammlung mußte angesichts der Zersetzung der alten Parteien auf berufsständischer Grundlage erfolgen, weil die Not auf dem Lande immer höher stieg und die Abneigung gegen die vorhandenen Parteien Formen annahm, die befürchten ließen, daß das Landvolk überhaupt nicht mehr zu politischer Arbeit gebracht werden könnte. Das Landvolk ist zudem seit Jahren systematisch abseits gedrängt worden. Weder politisch noch wirtschaftlich fand es genügend Vertretung in den Körperschaften, die über das Schicksal von Staat und Wirtschaft zu bestimmen hatten.

Erst als die Landwirtschaft sich schon im Zusammenbruch befand, ist versucht worden, das Steuer herumzuwerfen. Wenn auch erst ein Anfang gemacht worden ist, so ist es doch der Regierung Brüning-Schiele-Treviranus trotz der radikalen Gegenströmungen, die die Auflösung des Reichstages vorzeitig erzwangen, gelungen, einen Damm aufzurichten, der die nationale Wirtschaft vor dem Schlimmsten bewahrte. Jeder objektiv Denkende muß zugeben, daß durch das Eingreifen Hindenburgs für die Landwirtschaft und den deutschen Osten sowie durch die sich darauf stützenden Maßnahmen der Reichsregierung die eingetretene Preiskatastrophe für agrarische Produkte auf dem Weltmarkt in ihrer vernichtenden Wirkung von der deutschen Landwirtschaft ferngehalten wurde.

Die Geschichte wird feststellen, daß eine falsche Führung auf der Rechten in verhängnisvoller Parteiverblendung eine große Stunde verkannt hat, weil sie die innerpolitische Wandlung nicht begriff, die sich seit dem Eingreifen Hindenburgs angebahnt hatte. Welch ein Widerspruch außer-

Bismarcks Wort gilt noch heute: „Nur wenn die bäuerliche Bevölkerung Deutschlands sich fest aneinander schließt, wird es gelingen, der Landwirtschaft eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften zu verschaffen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0007

„Speckzölle vor Nationalpolitik"

Von mehr als einer Seite wird versucht, das Landvolk zu einem „Interessentenhaufen" herabzuwürdigen. Leider haben sich auch die Deutschnationalen die Agitationsmethoden der Radikalen angeeignet. In der Korrespondenz „Deutscher Schnelldienst", die die deutschnationale Presse mit Informationsmaterial bedient und die zusammen mit den offiziellen Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei herausgegeben wird, wurde schon zu Beginn der Ministertätigkeit Schieles der Einsatz des Reichsernährungsministers Schiele und der hinter ihm stehenden deutschnationalen Abgeordneten für die Rettung der Landwirtschaft, die die Vorbedingung zum Wiederaufbau im Innern und zum erfolgreichen Kampf gegen den Youngplan ist, mit der Schmähung beantwortet:

„Speckzölle gingen vor Nationalpolitik!"

Das liegt in einer Linie mit der Hetze der Sozialdemokratie gegen die Landwirtschaft.

Die Quittung darauf wird am 14. September ausgestellt! Darum wählt:

Landvolk-Liste Nr. 10!

Schiele, Gereke, Hemeter, Prautsch.

dem zwischen der Forderung: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!" und diesem praktischen Verhalten!

Gelingt es jetzt nicht, alle Kräfte darauf einzustellen, daß hinter dem aufgerichteten Schutzwall zähe, aber erfolgreiche Arbeit für die Zukunft geleistet wird, so wäre leicht auch das bis jetzt Erreichte nutzlos vertan. Wir denken deshalb nicht daran, den geschlossenen Block des Landvolkes lediglich zur Stabilisierung vorhandener Zustände einzusetzen, sondern wir wollen weiter. Wir sehen Aufgaben vor uns, die auch an überkommenen Vorstellungen einer staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, soweit sie überlebt sind, nicht Halt machen können.

Nach wie vor steht die Lösung des Agrarproblems für uns im Vordergrund beim Kampfe um die Rettung von Staat und Wirtschaft. Aber wir wissen auch, daß diese Frage ohne ein rechtes Verhältnis zu der bodenständigen, an die nationalen Grenzen gebundenen Arbeiterschaft nicht gelöst werden kann.

Besonders nahe stehen uns dabei selbstverständlich die Landarbeiter, die sich mit den landwirtschaftlichen Betrieben in engster Schicksalsgemeinschaft befinden. Auch das bodenständige Gewerbe und Handwerk, dessen Wohl und Wehe besonders auf dem Lande unlösbar mit dem der Landwirtschaft verbunden ist, gehört für uns in die Reihen der großen Landvolkfront.

Unser Verhältnis zum Staat ergibt sich aus der Stellung des Bauerntums im Gemeinschaftsleben überhaupt. Der Staat hat sich aus dem Bauerntum entwickelt. Das Bauerntum kann also ohne ein gesundes Staatswesen ebensowenig leben, wie umgekehrt der Staat ohne eine gesunde Landwirtschaft. Jahrhundertelang ist das Landvolk der Träger des Staates und des Staatsgedankens gewesen. Es wird und muß es auch heute noch sein, ganz gleich, welche äußere Form der Staat als solcher hat. Allerdings muß es dabei verlangen, daß auch denjenigen, die heute an der politischen Macht sind, der Staatsgedanke über der Staatsform steht.

Eine Wehrmacht, stark und fähig, das Land, seine Arbeit und seinen Boden zu schützen, ist uns ebenso selbstverständlich, wie ein in deutscher Staatsgesinnung arbeitender, nicht von Parteipolitik zerfetzter Beamtenapparat, der von seiner jetzigen Aufblähung zurückgeführt werden muß auf ein der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines verarmten Staates entsprechendes Maß. Wir brauchen außerdem eine Rechtspflege, deren Unabhängigkeit gesichert ist, und deren Paragraphen dem Leben dienstbar sind. Die Bewahrung traditioneller Werte und die Erziehung der Jugend im christlichen und nationalen Sinne sind weitere selbstverständliche Forderungen des Landvolkes.

Wir fordern die Möglichkeit der tätigen Mitwirkung aller produktiven Kräfte an der Gestaltung des öffentlichen Lebens, wir fordern den Schutz der Arbeit und des der Arbeit dienenden Eigentums. Wir sehen auch in der Wirtschaft nur dann ein gedeihliches Fortkommen, wenn der Schutz des Eigentums zur Erhaltung der Produktionsfähigkeit garantiert ist.

Es ist keine Frage, daß wir aus dem Zeitalter des hemmungslosen, rein nach persönlichem Gewinn strebenden Kapitalismus heraus müssen. Seine typischen Erscheinungen sind Bürokratisierung und Nivellierung. Der freie Bauer kämpft ihm gegenüber auf seiner Scholle für die Freiheit und die Anerkennung der produktiven Kräfte, die aus sittlicher Verpflichtung tätig sind. Der Bauer ist deshalb auch, weil er heute in immer schärferem Maße um eine gerechte Entlohnung seiner Arbeit kämpfen muß, der natürliche Bundesgenosse aller produktiv schaffenden Kräfte.

Wir sehen in dieser Wahl erst Ansätze zu neuen politischen Formen. Die Arbeit, die uns nachdem verbleibt, wird viel schwerer sein, und sie wird noch durchgreifender geleistet werden müssen, als in den vergangenen Monaten, in denen es auch nur gelungen ist durch den Einsatz der Machtmittel des Reichspräsidenten, das Aeußerste vom Bauerntum abzuwehren.

Es ist fast beispielslos, in welcher Weise in diesem Wahlkampf gegen uns angekämpft wird von den Kreisen, die mit uns am meisten schicksalsverbunden sein sollten. Mit großer Sorge sehe ich, wie jetzt Klüfte aufgerissen werden, die nur schwer wieder überbrückt werden können. Der Bruderkrieg ist immer der häßlichste Kampf. Wir in der Landvolkbewegung wissen uns frei von der Schuld, die häßlichen Formen des gegenwärtigen Wahlkampfes heraufbeschworen zu haben.

Für das deutsche Landvolk war immer der markanteste Charakterzug die Treue, und besonders die Treue zu seinen Führern. Das Beschämendste für den, der seit Jahren in vorderster Kampffront für das deutsche Landvolk steht, ist die Tatsache, daß jetzt sogar versucht wird, den alten Landvolkführern die Reinheit des Wollens und die Ehrlichkeit des Willens abzusprechen. Wir können in dieser Lage nur mit verstärktem Nachdruck an das Landvolk appellieren: Haltet Euern Führern die Treue! Haltet besonders dem von Euch selbst gewählten Reichspräsidenten v. Hindenburg die Treue! Vertraut denen, die in jahrelanger Tätigkeit den Beweis erbracht haben, daß sie nicht nur guten Willens sind, sondern daß sie auch wesentliche praktische Erfolge für das nationale Deutschland erzielt haben!

Unser Kampfruf heißt:

Vertraut der eigenen Kraft! Laust nicht mehr hinter den andern her und laßt sie Mißbrauch mit Euren Stimmen treiben. Wählt Leute vom Lande, Leute Eures Vertrauens, Leute der heimischen Scholle, Blut vom Eurem Blut!

Bedenkt, daß Ihr geschlossen der größte einheitlichste Berufsstand von ganz Deutschland seid!

Ohne geeintes Landvolk keine aktionsfähige Rechte! Ohne ihren Einsatz kein Wiederaufbau im Innern! Ohne geordnete Verhältnisse im Innern kein erfolgreicher Kampf gegen Versailler Diktat und Tributlasten!

Sorgt dafür, daß dieser große Landvolkblock geschaffen wird, gegen den niemand mehr zu regieren wagt. Ihr dient damit nicht nur Euch selbst, sondern dem ganzen deutschen Volk und deutschen Vaterland.

Das Landvolk steht auf!

Wählt Liste Nr. 10

Schiele — Gereke — Hemeter — Prautzsch

An die Frontgeneration!

Kameraden!

Ihr habt vierundeinhalb Jahre lang an der Front gekämpft unter Hindenburg. Ihr habt als Soldaten Euch selbstverständlich bedingungslos hinter ihn gestellt.

Mit dem gesamten nationalen Deutschland habt Ihr ihn dann zum Oberhaupt des Reiches gewählt. Wenn Ihr ihn zur positiven Mitarbeit im neuen Staat zwangt, dann müßt Ihr auch als geschlossene Truppe hinter ihm stehen, damit er mit dem nationalen Deutschland und für Euch wirken kann. Daß er das will, hat er mehr als einmal bewiesen.

Stahlhelmer!

Denkt daran, wie Hindenburg, Euer Ehrenmitglied, bei dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Preußen die Aufhebung des Stahlhelmverbotes in Rheinland-Westfalen durchsetzte.

Hindenburgs Wahlspruch ist: „Die Treue ist das Mark der Ehre!" Treue um Treue!

Die Entscheidung dieses Wahlkampfes geht unausweichlich um die Frage:

Mit oder gegen Hindenburg?

Wer für Hindenburg ist, wählt

Landvolk-Liste 10!

Wählt Männer Eures Vertrauens!

Von Landrat a. D. Frhr. v. Wilmowsky, Marienthal, Vorsitzender des Landbundes Provinz Sachsen.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, erleben wir nicht nur die Krise des parlamentarischen Systems in der Form, zu welcher es sich in den letzten zehn Jahren bei uns ausgewachsen hat, sondern darüber hinaus die Krise der bisherigen Form unserer politischen Parteien. Ich sehe dabei ab von den Flügelparteien rechts und links. Wenn augenblicklich der Radikalismus auf beiden Seiten einen ungewöhnlichen Auftrieb nimmt, so ist dies nur die gegebene Folge des wirtschaftlichen, vor allem aber des außenpolitischen Drucks, der auf uns lastet. Es sind radikale Strömungen, die mit Verstand und Logik nicht zu bekämpfen sind. Dem Rechtsradikalismus neigen auch wertvolle Kräfte des Bürgertums zu, die in verständlicher Erbitterung über die politische und wirtschaftliche Einschnürung Deutschlands keinen anderen Ausweg mehr sehen, als die revolutionäre Krise, die bewußt herbeizuführen sei. Der deutsche Bauer ist zu fest verwurzelt mit der Mutter Erde, als daß er sich derartigen Verzweiflungserscheinungen überlassen könnte. Er gedenkt des Aufschwungs der sogenannten völkischen Bewegung vor fünf Jahren, die gerade in unserer Provinz manche Aehnlichkeit mit der jetzigen rechtsradikalen Bewegung zeigte, der zahlreiche Hitzköpfe auch aus unseren Kreisen zuneigten und die nur allzubald ein jämmerliches Fiasko erlitt.

Wenden wir den Blick auf die anderen Parteien, zu denen wir bisher Vertrauen hatten und von denen wir Hilfe erwarten. Niemand kann bestreiten, daß sie sich in voller Zersetzung und Gärung befinden; niemand, der den politischen Ereignissen nicht ganz nahesteht, findet mehr einen Ausweg aus den verschiedenartigen Gruppen, Vereinigungen und Bewegungen, in welchen sich die alten Partei-Organisationen jetzt zerklüftet haben.

Dies gilt besonders von der, vielen von uns nahestehenden Deutschnationalen Volkspartei. Ich glaube, ihr seit ihrem Bestehen ein treues Mitglied gewesen zu sein; erblicke ich doch in ihr das Instrument, das über die materiellen Interessen hinaus alle Kräfte zusammenfassen sollte, die den Wiederaufbau Deutschlands und mit ihm die nationale Gleichberechtigung mit anderen Völkern erstrebten. Mit Schmerz habe ich mit nur allzuviel Gesinnungsgenossen beobachten müssen, wie diese Hoffnung nach anfänglichen großen Erfolgen jäh zusammenbrach, was sich nach außen in der Tatsache offenbarte, daß nicht weniger als 42 von den 77 Abgeordneten, welche die jetzige Parteiführung übernahm, aus Gewissensdrang aus der Partei ausgetreten sind. Und zu diesen 42 gehören fast alle vom Landvolk präsentierten Abgeordneten, vor allem der Mann, den der Reichspräsident als Vertrauensmann der deutschen Landwirtschaft bezeichnet hat.

Kein Wahlflugblatt, keine noch so fein ausgefüftelte Erklärung vermag den Landmann über diese Tatsache hinwegzutäuschen; mit Recht fragt er: lohnt es sich überhaupt noch zu wählen, und welche Partei soll ich wählen?

Jede Krise trägt in sich den Keim zur Genesung. In der Auflösung der alten Parteigebilde sehe ich gewisse Anzeichen, daß neue Kräfte sich regen. Die alten Gebilde waren erstarrt und Selbstzweck geworden; sie hatten sich dem bisherigen parlamentarischen System angepaßt, das auf dem Kampf der Parteien um die Herrschaft beruhte und das schließlich in vollständiger Unterwerfung der Regierung unter die jeweiligen Parteiführer endete. Weithin ist die Ueberzeugung verbreitet, daß dieses System nunmehr endgültig abgewirtschaftet hat, und daß es ersetzt werden muß durch eine Staatsordnung, in welcher die Regierung wirklich führt und regiert, ohne Gefahr zu laufen, wegen zufälliger Miß-

Der Erfolg allein entscheidet!

Schöne Worte und große Versprechungen werden im Wahlkampfe in Massen hervorgebracht, wie in der Inflationszeit das Papiergeld.

Nicht Worte, nur Taten können überzeugen!

Ein kurzes Vierteljahr nur hatte Schiele zum Schaffen Zeit gehabt, als Nationalsozialisten und ihre deutschnationalen Gesinnungsgenossen Arm in Arm mit Kommunisten und Sozialdemokraten Hindenburg zur Reichstagsauflösung zwangen.

Was aber in diesem kurzen Vierteljahr geleistet worden ist, spricht für sich.

Während im Auslande die Getreidepreise ständig fielen, gelang es Schiele während seiner Amtszeit, die deutschen Getreidepreise nicht nur zu halten, sondern sogar zu steigern.

Im Ausland fielen	Im Inland stiegen
die Preise je Tonne:	die Preise je Tonne:
für Weizen um 24 RM.,	für Weizen um 37 RM.,
für Roggen um 38 RM.,	für Roggen um 32 RM.,
für Futtergerste um 17 RM.,	für Futtergerste um 25 RM.

Zur Entlastung des Schweinemarktes wurden Zollschutz und Einfuhrscheine mit dem Erfolge gehandhabt, daß der Einfuhrüberschuß von 51 500 Schweinen im letzten Vierteljahre der Amtstätigkeit Dietrichs sich bereits im ersten Vierteljahre der Amtstätigkeit Schieles in einen Ausfuhrüberschuß von 68 500 Schweinen verwandelte.

Auf dem **Rindermarkte** sind durch Beseitigung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr, die Wiedereinführung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und das Einfuhrverbot von Corned beef zusätzliche Absatzmöglichkeiten von über 280 000 Rindern jährlich geschaffen.

Die **Kündigung des Handelsvertrags mit Finnland** befreite die deutsche Milchwirtschaft von unerträglichen Fesseln und gab ihr die Bewegungsfreiheit wieder.

Das sind nur wenige Beispiele für viele!

Wichtige Maßnahmen konnten sich noch nicht auswirken.

Das neue Brotgesetz sichert einen zusätzlichen Roggenabsatz von einer Million Tonnen im Jahre.

Der **Beimischungszwang** von Kartoffelspiritus zu mineralischen Treibstoffen (vor allem Benzin und Benzol) entlastet den Kartoffelmarkt um eine halbe Million Tonnen jährlich. Mit den Kartoffelflocken- und Stärkefabriken sind Verträge zu einer weiteren Entlastung des Kartoffelmarktes abgeschlossen.

Das **Weingesetz** schützt den deutschen Winzer in Zukunft vor Vermanschung seiner Weißweine mit billigen, aber minderwertigen ausländischen Verschnittweinen.

Der **Gerste- und Hopfenverwertungszwang** für Mälzereien und Brauereien, der **Fettverwertungszwang für Margarinefabriken** sind durch die erzwungene Reichstagsauflösung noch nicht zum Gesetz geworden.

Alle diese Maßnahmen verbürgen auf ihrem Gebiet eine ähnlich durchgreifende Wirkung wie der Vermahlungszwang beim Weizen.

Diese Bilanz eines Vierteljahres ist der beste Maßstab für die Zukunft.

Willst Du Dich weiterhin mit großen Worten abspeisen lassen, dann, deutscher Bauer, gib Deine Stimme den Schreiern, die sich heute mit verdächtigem Eifer an Dich herandrängen.

Willst Du aber Taten sehen,

Willst Du daß das begonnene Rettungswerk der deutschen Landwirtschaft fortgeführt und ausgebaut wird,

Willst Du wieder eigener Herr auf freier Scholle werden,

Dann gib Deine Stimme der Liste „Deutsches Landvolk" Liste Nr. 10!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0008

stimmung, Erkrankung oder Abwesenheit einiger weniger Abgeordneten gestürzt zu werden.

Weniger verbreitet ist die Einsicht, daß eine Reform dieses Systems auch eine Reform der politischen Parteigebilde zur Folge haben muß, ja, daß wir bereits mitten in dieser Reform stecken.

Die alten politischen Parteien mit ihrem bürokratischen Beamtenapparat und ihrer mehr oder weniger diktatorischen, von wenigen Vertrauensmännern erkorenen Leitung, ihrer nur allzu oft ganz einseitig orientierenden Parteipresse, lösen sich auf.

An ihre Stelle müssen Vereinigungen von Männern treten, die das Vertrauen breiter Wählermassen genießen, die als Abgeordnete im täglichen Kampf um den Wiederaufbau ringen und die dabei in ständiger Fühlung mit dem Lande stehen. Mit einem Wort, diejenigen Persönlichkeiten, welche als Abgeordnete von bestimmten Wählergruppen gewählt werden, müssen den ausschlaggebenden Einfluß auf die Führung der Partei haben. Kommt hierzu eine Reform des Wahlrechts, welches mit dem überlebten Listensystem aufräumt und den Abgeordneten wieder in engere Verbindung zu einem bestimmten räumlich enger begrenzten Wahlkreis bringt, so ist ein Vertrauensverhältnis nicht nur zwischen ihm und seinen Wählern, sondern auch zwischen Wählern und Partei gesichert.

Und die Nutzanwendung für die kommende Wahl?

Der Landbund hat sie gezogen. Zum ersten Male seit seinem Bestehen hat er sich von den alten Parteien abgewandt und sich auf Verhandlungen mit ihnen gar nicht erst eingelassen.

Er stellt die Männer heraus, die bisher das Vertrauen des Landvolkes hatten und es in jahrelangen Kämpfen gerechtfertigt haben.

Hemeter:

Für Hindenburg und Schiele!

Die Arbeit im künftigen Reichstage und der jetzige Wahlkampf müssen in erster Linie abgestellt werden auf die Bekämpfung der Parteien, die im Jahre 1918 die Revolution gemacht haben. Im Zeitalter des Parlamentarismus ist es notwendig, daß jeder Wähler seine Stimme abgibt, auch wenn er aus guten Gründen ein Feind dieses parlamentarischen Systems ist, denn die Wahl ist die Selbsthilfe des Wählers, und das Landvolk, der Grundpfeiler des gesamten Volkes, muß erkennen, daß alle unsere Steuern und Lasten politischer Natur sind die nur durch eine starke Landvolkvertretung im Parlament eine Aenderung erfahren können. Man setze sich die Politik der sozialdemokratischen Regierungen im Reich und in Preußen nach den Wahlen von 1928, die nicht zuletzt zum Schaden der Arbeiter selbst ausgeschlagen ist, an! Der Sozialdemokratie länger die Herrschaft im Reich zu überlassen, konnte nicht verantwortet werden. Infolgedessen hat Hindenburg das Kabinett Brüning berufen, das auch nach Ansicht des Reichspräsidenten die einzige Regierung gewesen ist, die von den bürgerlichen Parteien im alten Reichstage gestellt werden konnte. Das Kabinett Brüning hat stets in außerordentlich heftigem Kampf gegen die Linksparteien die durch das Kabinett Müller hervorgerufene Not zu beheben versucht. Gewiß sind auch gegen einige Mitglieder dieses Kabinettes Bedenken geltend zu machen, und seine Arbeit ist nicht in allen Punkten fehlerfrei gewesen. Aber für das Landvolk ergibt sich darüber hinaus die große und entscheidende Frage, ob Schiele gestürzt werden, ob gegen Hindenburg gestimmt werden sollte, oder ob das Landvolk sich geschlossen hinter diese beiden Führer stellen wollte.

Es ist nicht zu verkennen, daß das Kabinett Brüning immerhin Ansätze zu nützlicher Arbeit gezeigt hat, die zu Hoffnungen Anlaß geben konnten. Hier denke ich insbesondere an die Agrarpolitik, an die Reform der Sozialversicherung, an die Lohnpolitik und in gewissem Umfange auch an die Maßnahmen auf steuerlichem Gebiet. Im Rahmen der umfassenden Reichsreform ist ein vernünftiger Finanzausgleich vorgesehen, und die Erkenntnis der Schädlichkeit des Dualismus Reich—Preußen ist allgemein. Die Wahlreform ist auf dem Marsch. Angesichts dieses Auftaktes sowie der kommenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten in diesem Winter war es das Gebot der Stunde, die Rechte an maßgeblicher Stelle einzuschalten. Zehn Jahre hindurch ist Politik zum Schaden der Landwirtschaft getrieben worden. Jetzt ist Schiele dabei, gründliche Wandlung zu schaffen. Natürlich sind einschneidende Aenderungen nicht von heute auf morgen zu erwarten. Die Entwicklung kann sich nur langsam, sie wird sich aber stetig vollziehen.

Am 14. September muß deshalb ein Reichstag gewählt werden, der dem Kabinett Brüning, der insbesondere Schiele die Möglichkeit gibt, weiter zu arbeiten. Das Landvolk muß im neuen Reichstag einen geschlossenen Block stellen für die Bildung einer starken Rechten. Vorbildlich für eine solche Entwicklung sind die Erfolge des Landvolks in Thüringen; denn dem geschlossenen Landvolke ist in der Hauptsache die Befreiung Thüringens von der sozialistischen Mißwirtschaft zu danken.

Unsere Parole ist: Mit Hindenburg und Schiele für den großen Landvolk-Block!

„Mehr Macht dem Reichspräsidenten!"

Im Mai 1928 führten die Deutschnationalen den Wahlkampf unter der Parole: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!" Sie dachten dabei an Hindenburg.

Als aber Hindenburg seine Macht als Reichspräsident für den bedrängten Osten und die bedrängte Landwirtschaft einsetzte, versagten ihm die Deutschnationalen unter der Führung Hugenbergs die Unterstützung. Sie stimmten mit Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegen die von ihm erlassene Notverordnung, die durch die Sanierung der Reichsfinanzen den Weg für die Ost- und Agrarhilfe freimachen sollte. So halfen sie in Wirklichkeit Sozialdemokraten und Kommunisten im trauten Verein mit den Nationalsozialisten bei dem Versuch, die Macht des Reichspräsidenten zu vermindern. Sie boten das Parlament gegen die oberste Spitze des Staates auf und verrieten damit das Führerprinzip an den Stimmzettel.

Das Landvolk hat für eine solche Politik, bei der sich Worte und Taten widersprechen, kein Verständnis.

Es hält die Treue, die es einmal gelobt hat, und läßt den nicht im Stich, den es selbst auf seinen Posten berufen hat:

Mit Hindenburg für das deutsche Volk!

Darum wählt Liste 10!

Wie wählt das Landvolk?

Wen wird das Landvolk wohl wählen?
So fragt man im ganzen Land.
Partei'n und Parteichen zählen
Schon jetzt dies ab an der Hand.

Die Stimme des Landes umwirbt man
Wie nie es bisher geschah —
Und kommt dann die Zeit nach der Wahl dran,
So ist man fürs Land nicht mehr da.

„Wir haben viel übrig für Bauern",
So ruft man in jeder Patei.
„Es kann nicht mehr lange dauern,
Dann ist Eure Notzeit vorbei"

So wirbt man um unsre Stimmen
Durch Lockrufe wohl und mit List.
Für sich will man uns nur gewinnen
Und dann bleibt's so wie es ist.

Darum, Du deutscher Bauer,
Jetzt sichre Dir Dein Brot!
Trag' Steine für die Mauer,
Die schützen wird vor Not.

Der Grundstein ist vorhanden,
Das Landvolk macht sich frei,
Zu ihm sich alle fanden,
Die einig sind und treu.

Auch Du mußt dazu zählen,
Wenn Du zur Wahl wirst gehn.
Das Landvolk darf nur wählen:
Die Landvolkliste 10!

Agricola.

Das Rettungsprogramm Hindenburgs

Jeder hat sich jetzt wiederholt die Frage vorgelegt, warum eine Reichstagswahl nötig wurde, bei der gerade auf der Rechten die größte Verwirrung herrscht, und was überhaupt Sinn und Ziel dieses Wahlkampfes ist. Auf die weite Frage soll hier zunächst eine ganz klare Antwort gegeben werden: Es geht um das Rettungsprogramm des Reichspräsidenten v. Hindenburg! Dieses Programm ist zugleich der positive Inhalt der Etappe des Kampfes gegen den Marxismus in der wir gegenwärtig stehen. Nicht nur von links, sondern auch von gewissen Rechtskreisen möchte man die Schlage verdunkeln. Vergegenwärtige man sich demgegenüber die einfachen und klaren Tatsachen und Zusammenhänge:

Bei Uebernahme seines Amtes hat der Reichspräsident v. Hindenburg die selbstverständliche Hoffnung gehabt, mit den Kräften, die ihn gewählt hatten, auch regieren zu können. Daß das nur vorübergehend gelang, war für ihn eine schwere Enttäuschung. Bei den engen Schranken, die die Reichsverfassung dem Reichspräsidenten zieht, mußte er nach der Wahl von 1928 mit dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller regieren und manche Entscheidung, die seinen innersten Wünschen und Auffassungen widerstrebte, mit seinem Namen decken, da ihm sonst nur ein aussichtsloser Appell an den Volksentscheid oder der sofortige Rücktritt als Ausweg geblieben wäre. Immer aber hat Hindenburg sich nur in Entscheidungen gefügt, die er für unabwendbar hielt, und je klarer die Folgen einer falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik hervortraten, um so fester wurde sein Entschluß, seine ganze Kraft für die Besserung dieser Politik einzusetzen. So kam es zu dem an den Reichskanzler Hermann Müller gerichteten Schreiben vom 18. März.

Mit diesem Briefe hat der Reichspräsident v. Hindenburg bereits die tatsächliche Führung in den vordringlichsten Fragen der Reichspolitik übernommen. In ihm hat er ein sorgsam vorbereitetes Rettungsprogramm für die Landwirtschaft und den Osten aufgestellt und von der Reichsregierung „nachdrücklich" verlangt, auf der Grundlage dieses seines eigenen Programms, das auch die Sanierung der Reichsfinanzen einschloß, „rasch" und „kräftig" und „mit aller Beschleunigung" zu handeln. Diese Initiative, wie die entschiedene Sprache des Reichspräsidenten waren etwas Neues im parlamentarischen System der deutschen Republik.

Die Große Koalition versagte. Ihre Vorschläge und Beschlüsse für Ostthilfe und Agrarpolitik waren völlig unzulänglich. An der Finanzfrage kam sie zu Bruch. Ganze neun Tage nach dem Briefe Hindenburgs.

Umgehend erfolgte der zweite Schritt politischer Führung durch den Reichspräsidenten: Die in zwei Tagen unter stärkster Initiative Hindenburgs vollzogene Bildung eines neuen Reichskabinetts bedeutete eine sichtbare Auflockerung des parlamentarischen Systems. Der dritte, noch bedeutsamere Schritt auf diesem Wege war die Notverordnung zur Durchführung der im Juli vom Reichstage abgelehnten Steuern.

Bei der Entscheidung vom 18. Juli war es eine müßige Frage, ob diese Steuern in ihren Einzelheiten ideal waren. Schon aus Gründen der Ehrlichkeit aber muß festgestellt werden: ohne neue Steuern, also mit leeren Reichskassen, war keine Osthilfe, war auch die Durchführung des Agrarprogramms nicht möglich. Wir brauchen das nicht näher auseinanderzusetzen, weil jeder weiß, daß es ohne einen geordneten Haushalt auch keine ordentliche Wirtschaft gibt. Auch ein Diktator braucht zum Regieren Geld. Das Deckungsprogramm vom Juli war übrigens nichts weniger als marxistisch. Ungefähr zur Hälfte wurde die Deckung durch Ersparnisse im Reichshaushalt und bei der Sozialversicherung beschafft. Das Steuerprogramm enthielt die seit langem von der Rechten geforderte Bürgerabgabe und eine besondere Heranziehung der Festbesoldeten; von den Steuern entfielen jedenfalls auf die Landwirtschaft nur rund 20 Millionen Mark, vor allem durch die Junggesellensteuer, die gerade von landwirtschaftlichen Kreisen seit Jahren verlangt worden ist.

Aber die Steuern waren, wie gesagt, am 18. Juli nicht mehr die Hauptfrage. Die Hauptsache war vielmehr, daß der Reichspräsident von Hindenburg mit der Notverordnung die Autorität seiner Stellung und seiner Person gegen die Majorität eines verantwortungslosen Parlamentarismus eingesetzt hatte. Dabei ist ihm zusammen mit den Kommunisten, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten auch die Mehrheit der

Bauern, wählt Bauern!

Von Willy Ohm, Halle S.

Man kann ruhig sagen, daß heute beinahe für jede Kleinigkeit ein Fachmann verlangt wird. Im bolschewistischen Rußland werden für die „Spezialisten" sogar die höchsten Löhne bezahlt, trotzdem die „Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt" fast an jeder Straßenecke zu lesen ist. Man merkt eben immer deutlicher, daß es nicht genügt, über möglichst viel möglichst viel zu reden, sondern daß es entscheidend darauf ankommt, was der Betreffende zu seiner Verrichtung an Kenntnissen mitbringt. Weil zuviel schon überall herumgepfuscht und dementsprechend verdorben ist.

Wenn diese Erkenntnis aber bei den allgemeinen und täglichen Notwendigkeiten sich immer entscheidender durchsetzt, dann müßte das ganz selbstverständlich sein auf dem wichtigsten Gebiet, das für das menschliche Zusammenleben und Gedeihen in Frage kommt, auf dem Felde der Politik. Aber hier ist es bisher zu unserem größten Schaden gerade umgekehrt gewesen. Hier hat entschieden und entscheidet leider noch alles andere als der Fachmann. Bei uns geben die mit allen „Feinheiten" politischer Nebenwege Vertrauten den Ton an, die sich auf alles andere verstehen als das, worauf es eigentlich entscheidend ankommt. Das ist ja der tiefste Inhalt der sogenannten „Futtertrippenpolitik".

Die Menschen werden immer erst durch Schaden klug. Das ist eine von den wenigen wirklichen Weisheiten dieser Welt. Aber es würde nun endlich Zeit, daß das deutsche Volk von dieser schmerzhaften Erkenntnis, woran es ihm im Grunde fehlt, entscheidend Gebrauch macht. Dann brauchten wir nicht schon so lange über unser Unglück zu jammern. Denn es liegt ganz in unserer Hand, das Unglück zu wenden, dann nämlich, wenn wir nur Männern unser Vertrauen schenken, uns auf dem Felde der politischen Entscheidungen zu vertreten, die den nötigen Ernst in der Sache in sich tragen, die die daraus folgende Verantwortlichkeit verspüren und dementsprechend handeln. Das ist dann der „Fachmann" den neben diesen Eigenschaften noch die notwendigen Kenntnisse zieren. Alle anderen müßten verschwinden auf Nimmerwiedersehen.

Die viel geschmähten Bauern haben hier den Anfang gemacht, als sie sich vor mehr als zwei Jahren sagten, daß bäuerliche Not wirklich nur vom „Fachmann" von den Männern gleichen Blutes verstanden werden kann. Sie haben dabei aber nicht, wie das oberflächliche Urteiler so gerne behaupten, lediglich an sich gedacht, sondern auch die Pflicht der eigentlich Verantwortlichen zugleich erfüllt, indem sie durch die Landvolkbewegung den deutschen Staat auf die Riesengefahr aufmerksam machten, die ihm durch die Vernichtung seines Bauernstandes droht. Das ist der Kern und die entscheidende Bedeutung der Landvolkbewegung. Und das konnte nur von denen verkannt werden, die eben Nichtfachleute sind, die den tiefsten Sinn dieses ganzen Vorganges nicht begreifen können oder wollen.

Hier hat sich der bäuerliche Instinkt als viel wirkungsvoller erwiesen, als der viel gerühmte Intellekt der Anderen. Es handelt sich hier um einen tief bedeutungsvollen geschichtlichen Vorgang. Denn gelingt es nicht, für Deutschland den Bauern zu retten, dann gibt es auch keine deutsche Zukunft mehr! Dann dreht es sich für uns nur um die Frage des langsameren oder schnelleren Dahinsterbens. Retten können wir uns alle aber von der drohenden Gefahr nur, wenn diese Erhaltung des Bauern bewußt in den Vordergrund gerückt wird vor allem anderen, gleichviel ob das anderen gefällt oder nicht. Und durchgesetzt kann das wiederum nur werden, wenn Männer vom Fach, Männer vom Lande, die die Not des Bauern als die eigene empfinden, mit der Vertretung an dem Ort der Entscheidung, im Parlament betraut werden.

Die ganze Entscheidung, um die es sich hier handelt, ist viel zu wichtig, als daß sie mit der starken Verscherung abgetan werden könnte, man habe das tiefste Verständnis für die ländliche, die bäuerliche Not. Hier muß gehandelt, oder nicht geredet werden. Und das kann, bei allem guten Willen der Anderen, an dem garnicht gezweifelt werden soll, doch mit sicherer Wirkung nur von Männern bewirkt werden, die auf und in der deutschen Scholle wurzeln, vom Bauern! Vom Bauern, dem Schaffer und Träger von Wirtschaft, Volk und Staat. Der seine Not zugleich als die des Ganzen empfindet, der aus dem Lebenswillen heraus die entscheidende Aufgabe mit starker Bauernfaust anpackt und nicht eher davon läßt, als bis ihm der Erfolg den Lohn gibt. Deshalb der Ruf, der Schicksalsmahnung zugleich ist:

Bauern! Wählt Bauern!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0009

deutschnationalen Reichstagsfraktion in den Arm gefallen.

Dieser Schritt von der Rechten erfolgte ohne Rücksicht darauf, daß mit der durch die Ablehnung der Notverordnung erzwungenen Reichstagsauflösung die Osthilfe verurteilt war, Stückwerk zu bleiben, die Landwirtschaft schwerster neuer Unsicherheit ausgesetzt wurde und die Amnestie unter den Tisch fiel. Auch ohne Rücksicht darauf, daß in der Art, wie Hindenburg einige Tage vorher den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun zur Aufhebung des Stahlhelmverbots in Rheinland-Westfalen genötigt hatte, mit besonderer Deutlichkeit eine innerpolitische Wendung sich ankündigte; ohne Rücksicht schließlich darauf, daß gerade von der Rechten die Parole: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!" ausgegeben war.

Den unmittelbarsten Schaden durch die Reichstagsauflösung haben die Landwirtschaft und der Osten zu tragen.

Sie sind am Ende ihrer Kraft. Sie können nicht auf ein Wunder warten, das es in der Politik nicht gibt. Ihnen kann nur durch tätige Einschaltung der gesammelten Kraft des ganzen Landvolkes in die praktische Politik geholfen werden. Nur zähe Arbeit, Tag für Tag, kann der Landwirtschaft und dem Osten die Rettung bringen, die heute und morgen erfolgen muß, wenn die Kraft des Landes, ohne die eine Wiederaufrichtung Deutschlands unmöglich ist, nicht zerrieben sein soll, ehe es zu den letzten Entscheidungen kommt.

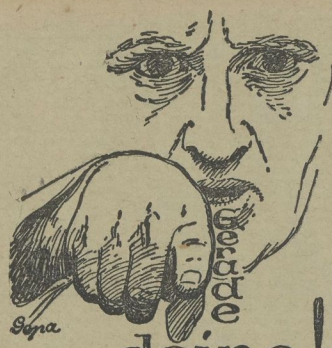
Youngplan und Landwirtschaft

Die Ablehnung des § 4 des Gesetzes gegen den Youngplan, welcher alle, die gegen das Gesetz verstießen, als Landesverräter mit Zuchthaus bestrafen wollte, wird in einer anonymen deutschnationalen Wahlflugschrift „Der Landbund im Wahlkampf" als „Ausbrechen aus der Freiheitsfront" bezeichnet. In einer anderen anonymen deutschnationalen Wahlflugschrift „Vorwärts" wird von Minister Schiele behauptet, er habe gegen den § 4 gestimmt, um die „Freundschaft der Youngparteien" zu gewinnen.

Richtig ist, daß in einer amtlichen Veröffentlichung des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren bereits vor Einleitung des Volksbegehrens bekanntgegeben wurde, daß der Reichs-Landbund und sein Vertreter, der Minister Schiele, dem Kampf gegen den Youngplan seine volle Unterstützung zugesagt habe, obwohl er seine Bedenken gegen den § 4 grundsätzlich aufrecht erhalte. Diese Bedenken richteten sich lediglich gegen die Art der Strafe, die zu einer Infamierung politischer Gegner führte und sogar Bestrafung des Reichspräsidenten mit Zuchthaus forderte. Diese schlimmste Ueberspitzung wurde auf das Drängen des Reichs-Landbundes beseitigt. Indirekt aber blieb die Infamierung des Reichspräsidenten bestehen, da ja die verantwortlichen Minister der Unterschrift des Reichspräsidenten unter die durch das Volksbegehren bekämpften Gesetze bedürfen. Trotz seiner Bedenken aber hat der Reichs-Landbund die ganze Stoßkraft seiner Organisation für Volksbegehren und Volksentscheid eingesetzt, getreu seiner abgegebenen Erklärung. Die Präsidenten des Reichs-Landbundes sind in diesem Kampfe vorangegangen.

Daß für das Volksbegehren überhaupt die notwendige Stimmenzahl aufgebracht wurde, ist daher auch lediglich der starken, teilweise fast hundertprozentigen Beteiligung des Landvolkes zu verdanken.

Bedenke!



deine! Stimme!

kann den Ausschlag geben.

Wähle Liste Nr. 10

Schiele — Gereke — Hemeter — Prautzsch

Prautzsch:

Vertrauen auf die eigene Kraft!

Die Julialstimmung im Reichstag, in der Deutschnationale, Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Ostprogramm und Agrarhilfe, somit gegen Hindenburg—Brüning—Schiele stimmten, war für das Landvolk ein schwerer Schlag ins Gesicht. Diese Oppositionsparteien zwangen dem Landvolk die Wahl in der Hauptarbeitszeit, in der Ernte, auf und versagten einem Kabinett, das sich landvolkfreundlich zeigte und Rechtskurs steuerte, auf Antrag der Sozialdemokraten die Unterstützung. Diese Parteien zwangen durch ihre Haltung alle landvolkfreundlichen Abgeordneten, sich den Landvolklisten anzuschließen. Die Stimmen des Landvolks gehören am 14. September nur den Landvolklisten! Geht die Landvolkbewegung stark aus dieser Wahl hervor, so können Osthilfe und Agrarprogramm, Stärkung der Landwirtschaft zur Hebung des Binnenmarktes, die Belebung der Industrie, Verminderung der Erwerbslosenziffer und Besserung der Finanzen durchgesetzt werden.

Los vom verderblichen Marxismus! Los von den Tributlasten! Wir vom deutschen Landvolk folgen unseren Führern Hindenburg und Schiele!

Nur Einigkeit tut uns not, Vertrauen auf uns selbst!

Nicht auf die Worte der Parteiredner hören, sondern die Taten der Parteien prüfen! Keine Marxisten wählen, auch keine Partei der starren Opposition, die ihre Abgeordneten zu Reichstags-Erwerbslosen macht. Wählt Mitarbeiter, Kämpfer für die nationale deutsche Sache, Männer aus unseren Reihen

für das deutsche Landvolk. zum Wohle des Vaterlandes!

Unsere Kandidaten.

1.	Martin **Schiele**, Dr. h. c.	Reichsernährungsminister	Scholehne
2.	Dr. Dr. **Gereke**	Landrat a. D., Kreisbauernmeister	Pressel Krs. Torgau
3.	Emil **Hemeter**	Landwirtschaftsrat, Direktor der Landwirtschaftsschule in Hessen	Gentha Krs. Schweinitz
4.	Arthur **Prautzsch**	Landwirt, Kreisbauernmeister	Sausedlitz Krs. Delitzsch
5.	Robert **Lange**	Landwirt, Ortsschulze	Steinbrücken Krs. Sangerhausen
6.	Reinhold **Voigt**	Landwirt, Kreisbauernmeister	Kretzschau Krs. Weißenfels
7.	Artur **Selle**	Landarbeiter	Gatterstedt Krs. Querfurt
8.	Ewald **Brauer**	Landwirt, Junglandbundvors.	Spergau Krs. Merseburg
9.	Willi **Rühlemann**	Landwirt, Kreisbauernmeister	Obermöllern Krs. Naumburg
10.	Herbert **Scheibe**	Landwirt	Bleddin Krs. Wittenberg
11.	Paul **Vogel**	Landwirt, Kreisbauernmeister	Hainichen b. Zeitz, Kr. Zeitz
12.	Heinrich **Behrens**	Gutsbeamter	Artern Krs. Sangerhausen
13.	Friedrich **Meyer**	Landwirt	Petersberg Saalkreis
14.	Erhardt **Parthier**	Landwirt	Rockendorf Krs. Merseburg
15.	Friedrich **Weise**	Landwirt	Zellewitz Mansfeld. Seekreis
16.	Paul **Gerhardt**	Landwirt	Niedereichstädt Krs. Querfurt
17.	Friedrich **Gneist**	Landwirt	Domnitz Saalkreis

Hierhin gehört dein Kreuz auf dem amtlichen Stimmzettel!

Reichstagswahl Wahlkreis Halle-Merseburg

1			1
2			2
3			3
4			4
5			5
6			6
7			7
8			8
9			9
10	**Deutsches Landvolk** Schiele, Gereke, Hemeter, Prautzsch	⊕	10
11			11
12			12
14			14
18			18

Nationalsozialisten und Kommunisten

Nicht nur die Hoffnungen, auch die Sorgen einer Partei sind für diese oft kennzeichnend. In dreispaltiger Ueberschrift beklagt sich das führende Blatt der Nationalsozialisten, „Der Völkische Beobachter" (Nr. 204 vom 28. August), über den „Diebstahl des nationalsozialistischen Gedankenguts", begangen durch die — Kommunisten. Uns dünkt, daß sich Kommunisten und Nationalsozialisten in dieser Beziehung schon seit langem nichts vorzuwerfen haben, denn dieses Verhältnis zu einander beruht auf Gegenseitigkeit. Wir kennen Reichstagsanträge der Kommunisten und Nationalsozialisten, die auf ein Haar einander gleichen, und wo das Vorbild von den Kommunisten stammt. Es handelt sich dabei in erster Linie um sozialpolitische Agitationsanträge, worin Nationalsozialisten und Kommunisten eifrigst bemüht sind, sich einander den Rang abzulaufen.

Verantwortlich für den Inhalt: Willi Ohm, Halle.
Druck Ernst Schneider, Eisleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0010

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 106 — **Donnerstag, den 11. September 1930** — **32. Jahrg.**

Verbot des Ausschanks von Branntwein und des Verkaufs von Trinkbranntwein

am Sonntag, den 14. September 1930.

Auf Grund des § 15 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 wird für den Bereich des Landes Preußen anläßlich der Wahlen zum Reichstage der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein für Sonntag, dem 14. September 1930 verboten. Das Verbot des Kleinhandels mit Trinkbranntwein trifft auch den Fall, daß dieser in verschlossenen oder versiegelten Flaschen abgegeben wird.

Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden gemäß § 29 Ziffer 8 des Gaststättengesetzes mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Berlin, den 16 August 1930.

140] **Der Preußische Minister des Innern.**

Zur Förderung des Ausflugs- und Sommerfrischlerverkehrs soll ein

Verein für die Dübener Heide

gegründet werden.

Wir laden zur Bildnng einer Ortsgruppe Kemberg für

Donnerstag, den 11. Sept., 20 Uhr,

nach dem Bürgersaal ergebenst ein.

Kemberg, den 4. September 1930.

141] **Der Magistrat.**

Neues in Kürze.

*** Zu einem Rededuell zwischen dem französischen Außenminister Briand und Deutschlands Vertreter Dr. Curtius hat sich die Frage des Saarbahnschutzes ausgewachsen, ohne daß bis jetzt ein Ergebnis gezeitigt worden wäre.**

*** Um sich in Genf eine feste Basis zu schaffen, provoziert Polen in Danzig Einbrüche in eigene Organisationen, ohne damit auch nur den geringsten Eindruck in der Oeffentlichkeit hervorrufen zu können.**

Ausfuhrsteigerung durch -förderung.

„Da die Aussichten und Möglichkeiten, Exportförderung zu treiben, zurzeit außerordentlich gering sind, die Exportindustrie aber auf dem Standpunkt steht, daß angesichts der sichtlich immer größer werdenden Konkurrenz des Auslandes, namentlich der Vereinigten Staaten und Englands, wo erhebliche Mittel zur Exportförderung zur Verfügung gestellt werden, nicht länger gezögert werden darf, haben sich Kreise der Exportindustrie zusammengefunden, um ein eigenes Exportförderungsinstitut zu gründen. Dieses Institut soll sich im wesentlichen auf die Propagandatätigkeit im Ausland beschränken."

Mit dieser Mitteilung erfuhr die Oeffentlichkeit von der in diesen Tagen anläßlich der Leipziger Herbstmesse erfolgten Gründung einer neuen Zentralstelle für Exportwerbung, deren Notwendigkeit gerade in den gegenwärtigen Zeiten, in denen es in erster Linie darauf ankommt, auf Grund des an vielen Stellen ermäßigten Preisniveaus die verlorengegangenen Auslandsmärkte wieder zu erobern, nicht bezweifelt werden kann. Die private Wirtschaft hat gerade auf dem Gebiet der Exportförderung noch manches nachzuholen. Das Ausland ist uns in dieser Beziehung immer noch weit voraus.

Die Methoden der Exportwerbung sind mannigfaltiger Art. Nach ihren Trägern aufgeteilt wird man den amtlichen Stellen, die die Exportförderung sich zur Pflicht machen, in erster Linie die Aufgabe zuweisen müssen, die deutsche Wirtschaft über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse des Auslandes eingehend und fortlaufend zu unterrichten, den ganzen Apparat unserer amtlichen Außenhandelsvertretungen stärker noch als bisher in den Dienst einer zuverlässigen Auslandsberichterstattung zu stellen. Der Privatwirtschaft dagegen muß die Aufgabe zufallen, für den Absatz ihrer Waren im Auslande zu werben und die einzelnen geschäftlichen Verbindungen anzubahnen und zu pflegen. Zur Erreichung dieses Hauptzieles ist es vor allem notwendig, nicht nur die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse des Auslandes zu kennen, sondern darüber hinaus einen genauen Einblick in die Geschäftslage der einzelnen ausländischen Firmen, mit denen ein Geschäftsverkehr angebahnt werden soll, zu erhalten, um spätere Enttäuschungen und Verluste zu vermeiden. Amtliche und private Exportförderung können hier Hand in Hand arbeiten. Die Auslandsvertretungen erhalten mancherlei Angaben über einzelne ausländische Firmen, die den als Bindeglied zwischen den Außenhandelsvertretungen und der einheimischen Wirtschaft eingeschalteten Außenhandelsstellen zugeleitet werden. Dieses Material, das erfahrungsgemäß nicht in alle Einzelheiten einer ausländischen Firma hineinleuchten kann und damit auch keine genügend sichere Grundlage für die Ausführung von Geschäftsbeziehungen bietet, sollte nicht etwa, wie das heute oft geschieht, durch die Außenhandelsstellen den deutschen Firmen unmittelbar zugängig gemacht werden, sondern es sollte an die führenden Auskunfteien geleitet werden, deren auf jahrzehntelange Erfahrungen aufgebaute und bis ins einzelne durchgegliederte Auslandsorganisationen in der Lage sind, die amtlichen Auskünfte zu überprüfen und zu vervollständigen. Erst dann kann sich ein geschlossenes Bild der Kreditwürdigkeit der ausländischen Firma und damit eine brauchbare Unterlage für die Entscheidung der Frage ergeben, ob eine geschäftliche Verbindung eingegangen werden kann oder nicht.

Die letzte Verantwortung soll jedoch nicht die europäische Konferenz, sondern der Völkerbundsrat und die Vollversammlung des Völkerbundes tragen. Im Rahmen eines vom Völkerbund einzusetzenden Ausschusses sollen sodann sämtliche europäischen wirtschaftlichen Fragen, insbesondere die Frage der Abrüstung, der Minderheiten sowie einzelne regionale europäische Fragen, wie die Balkanfrage, die mitteleuropäische Frage, die baltische Frage und die die Donaustaaten berührende Frage, zur Erörterung gelangen.

Keine Behandlung der Memelfrage.

Zu den das deutsche Interesse auf der bevorstehenden Vollversammlung des Völkerbundes in erster Linie berührenden Fragen gehören die Abrüstungsfrage, die Minderheitenfrage, die Reform des Völkerbundssekretariats, die Saarfrage und auch die Memelfrage

In der Minderheitenfrage

scheint man auf deutscher Seite zu beabsichtigen, in dem sechsten Ausschuß der Völkerbundsversammlung eine Besserung des gegenwärtigen Beschwerdeverfahrens durch Revision der Madrider Ratsbeschlüsse zur Verhandlung zu stellen.

In der Abrüstungsfrage

dürfte die deutsche Haltung in der Richtung eines beschleunigten Abschlusses der vorbereitenden Arbeiten und der Festsetzung der Einberufung der Weltabrüstungskonferenz liegen.

In der Saarfrage

hofft man, bereits in den nächsten Tagen eine Entscheidung über die endgültige Abberufung des Internationalen Bahnschutzes im Saargebiet erreichen zu können. Die Frage der Wiederaufnahme der in Paris abgebrochenen Saarverhandlungen dürfte jedoch lediglich im Rahmen privater Unterredungen zwischen dem deutschen und dem französischen Außenminister zur Sprache gelangen.

Wie verlautet, soll die Memelfrage auf der Grundlage der großen Beschwerde des Memellandes an den Völkerbund auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates noch nicht zur Sprache gelangen; offenbar scheinen hierbei Rücksichten auf die Anfang Oktober bevorstehende Neuwahl zum Memellandtag eine Rolle spielen. Ferner scheint der Zeitpunkt der Einreichung der Memelbeschwerde eine sachliche Erörterung auf der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundsrates schwierig zu machen.

Polnische Provokationen?

Einbrüche bei polnischen Organisationen in Danzig.

Danzig, 9. September.

Im Zusammenhang mit wiederholten Beschädigungen polnischer Briefkästen in Danzig steht eine Angelegenheit, die ebenfalls den Zweck hat, gegen Danzig angesichts der Genfer Verhandlungen Stimmung zu machen. Die polnische Aktion versucht mit immer neuen Mitteln, die Polen als die verfolgte Unschuld und als die „unterdrückte Minderheit in Danzig" hinzustellen, um damit die Genfer Kreise zu beeinflussen.

Mit welchen Mitteln gearbeitet wird, beweist eine polnische Meldung. „Zwei Einbrüche in polnische Vereinsbüros" in der „Baltischen Presse" in Danzig. In diesem polnischen Hetzblatt ist im Zusammenhang mit der Briefkastenbeschädigung die Rede von 2 Einbrüchen in das Büro des polnischen Schulvereins und in das Büro der „Gmina Polska". In beiden Fällen sollen die Täter Schreibtische erbrochen, Brief geöffnet und Dokumente durchwühlt haben, außerdem sollen in einem Fall 600 Danziger Gulden gestohlen worden sein. Die polnische Presse stellt es so hin, als ob die Einbrüche in der Hoffnung auf „sensationelle Funde" gemacht und mit voller politischer Absicht in den Büros der polnischen Organisationen verübt worden seien.

*

Auch hier handelt es sich um ähnliche grobe polnische Verdächtigungen wie in der Briefkastenangelegenheit. Es ist zu hoffen, daß die polizeilichen Ermittlungen recht bald eine völlige Aufklärung der Vorfälle bringen, die den Polen allerdings recht unangenehm sein dürfte. Es sollen nämlich sehr bedeutsame Anhaltspunkte dafür vorhanden sein, daß es sich auch bei diesen Einbrüchen um polnische Täter handelt, die auf keine „sensationelle Funde", sondern auf Geld aus waren, wenn man nicht gar annehmen will, daß diese Einbrüche deshalb von polnischer Seite ausgeführt wurden, weil sie sich vorzüglich als Hetzmaterial gegen Danzig auswerten lassen. Man muß immer wieder feststellen, daß die polnischen Verdächtigungen gegen Danzig, die durchaus in den Rahmen der offenen erkennbaren polnischen Aktion passen, völlig in sich zusammenfallen.

Was Italien verlangt.

Teilnahme Rußlands und der Türkei an den Paneuropaverhandlungen.

Genf, 9. September.

In den vertraulichen Verhandlungen, die zwischen den verschiedenen Vertretern für die europäische Konferenz stattgefunden haben, sind neue Schwierigkeiten zutage getreten.

Auf italienischer Seite wird verlangt, daß zu den weiteren vorbereitenden Ausschußarbeiten auch Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes, wie Sowjetrußland und die Türkei, hinzugezogen werden.

Die französische und die englische Regierung verlangen dagegen, daß an den Ausschußarbeiten nur Mitgliedstaaten des Völkerbundes teilnehmen und verlangen unter Hinweis auf die befürchtete kommunistische Propaganda den Ausschluß Sowjetrußlands. Offen ist zur Zeit noch die Stellungnahme Deutschlands zu diesen Meinungsverschiedenheiten.

Kritische Fragen.

Reichswehrministerium gegen den Abg. Künstler.

Berlin, 10. September.

Das Reichswehrministerium teilt mit: Nach den Berichten verschiedener Blätter hat Herr Franz Künstler in einer Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei behauptet, Offiziere der Reichswehr seien mit dem russischen Militärattaché und deutschen Kommunisten zusammengekommen und hätten mit diesen die Grundlage für den Aufruf der KPD. vereinbart. Diese Angaben sind so phantastisch und ungeheuerlich, daß Herr Künstler hiermit öffentlich aufgefordert wird, auf folgende Fragen zu antworten:

1. **Wann und wo ist diese Zusammenkunft gewesen?**
2. **Welche Offiziere haben daran teilgenommen?**
3. **Welche Beweise kann Herr Künstler hierfür vorlegen?**

Sollte Herr Künstler den Beweis für seine Angaben schuldig bleiben, so würde er sich selbst als Verleumder kennzeichnen, gegen den sich das Reichswehrministerium gerichtliche Schritte vorbehält.

Ferner hat Herr Künstler die Namen einiger früherer Offiziere genannt, die angeblich in Rußland tätig sein sollen. Da diese Namen schon öfter genannt worden sind, hat das Reichswehrministerium folgendes über sie festgestellt: Generalmajor a. D. Thomson — von der Lieth hat der Reichswehr niemals angehört. Er lebt seit Jahren schwer krank und fast erblindet in Schleswig-Holstein. General der Artillerie a. D. Ludwig ist 1929 aus der Reichswehr ausgeschieden und wohnt in Berlin. Zwischen ihm und dem Reichswehrministerium bestehen keine dienstlichen Verbindungen irgendwelcher Art. Major a. D. Ritter von Niedermayer ist schon am 31. Januar 1922 aus der Reichswehr ausgeschieden. Er ist Dr. der Geographie und seit seiner Verabschiedung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819300911-16/fragment/page=0011